

BULLETIN

NUMMER 1 | März 2011



.....
* 4 2000 Watt - Notwendig, machbar und lohnend *

* 8 Zimmerberg light - Beim Bundesamt für Verkehr *

* 14 Junge Alternative - Rechte junge Männer *

* 16 Nordafrika - Weckruf der Demokratie *

* 22 Grundeinkommen - Utopie oder Notwendigkeit *
.....

3 Editorial
2000 Watt ist möglich...

4 2000 Watt
Notwendig, machbar und lohnend

7 Strahlende Zukunft
Uran – strahlendes Metall –
verfluchte Erde

8 Zimmerberg light
Beim Bundesamt für Verkehr

10 Nationalrat
Schmutziges oder sauberes Wasser

11 Nationalrat
Gegen SVP-Nationalismus

12 Wahlgesetz
Recht den Zuger Linken

13 Regierungsrat
Jahr des Waldes

14 Junge Alternative
Rechte junge Männer

15 Steuerumgehung
Out of Africa

16 Nordafrika
Weckruf der Demokratie

18 Verdrängung
Gemeinden in die Pflicht nehmen

20 Kantonsrat
Schlechte Noten

22 Grundeinkommen
Utopie oder Notwendigkeit?

24 Frontal

25 Serviceteil
Kino
Präsidium
Buch
Veranstaltungen
Adressen
Impressum

Lieber Grünspecht

Seit der BULLETIN-Ausgabe Juni 2008 klopfst du mit deinem spitzigen Schnabel Löcher in unser Gewissen. Angriffig und streitbar reflektierst du das menschliche Verhalten und hastest mit deinen Artikeln Themen in linker, sozialer und umweltbewusster Manier auf den Punkt gebracht.



Dafür danken wir dir und hoffen, dass du nach deinem Sabbatical wieder zurück in unseren Wald kommst, um weiterhin beizutragen, unsere Augen vor Missständen zu öffnen – und uns auch blendend zu unterhalten.

Die Redaktion

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: Alternative – die Grünen Zug, KriFo Alternative Cham, Frische Brise, Grüne Steinhausen, Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, Alternative – die Grünen Stadt Zug, Alternative Baar.

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse

- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das BULLETIN»

2000 Watt ist möglich...

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative – die Grünen Zug | Bild BULLETIN



...und nötiger denn je! Bei der Niederschrift dieses Artikels (Samstag, 12.3. – 8 Tage nach Redaktionsschluss...) fällt mir die Konzentration auf das Schreiben schwer – das furchtbare Erdbeben in Japan hält einen in Bann. Und die Ungewissheit über das vom Erdbeben stark betroffene AKW* in Fukushima (aktuelles Zitat NZZ-Website: «In einem der beiden Meiler sei eine Kernschmelze möglich, hatte ein Vertreter der Atomaufsichtsbehörde, Ryohei Shiomi, erklärt.») rückt eine Grundsatfrage ins Zentrum: Was nimmt die Bevölkerung in den industrialisierten Ländern alles in Kauf, um die herrschende Energieverschwendung zu ermöglichen? Angesichts der Megakatastrophe im Golf von Mexiko oder der regelmässigen Tankerunglücke stellt sich ja auch die Frage nach dem Preis der erdölbasierten Wirtschaft.

Kommt hinzu, dass der Peak bei der Förderung des konventionellen Erdöls nun quasi offiziell ist. Kürzlich ist die Internationale Energieagentur nach einer extensiven Analyse aller

produzierender Ölfelder nämlich zum Schluss gekommen, dass die Weltförderung 2006 ihren Peak hatte und diesen Wert nie mehr erreichen wird – Peakoil war schon! Wir werden uns auf eine rückläufige Verfügbarkeit von Öl mit allen Konsequenzen einstellen müssen.

Zur CO₂-Problematik genügt die Feststellung, dass mindestens in der Wissenschaft die Klimaskeptiker langsam verschwinden, zu erdrückend sind die Realitäten. Das lässt sich leider von der Politik nicht behaupten. Naheliegendstes Beispiel: die Abstimmung im Zuger

Grossen Gemeinderat über die 2000-Watt-Initiative, welche strikt den Parteigrenzen entlang ausgefallen ist, mit einer Ausnahme bei der CVP (Isabelle Reinhart). Die Frage sei erlaubt: Was braucht es denn eigentlich noch alles, um zu sehen, dass es so nicht weitergehen kann? Wir haben gar keine Wahl und müssen den Weg zu einer wesentlich weniger energieintensiven Gesellschaft rasch und konsequent einschlagen!

Nun ist die Gattung Homo Sapiens ja in der privilegierten Situation, dank der grundsätzlich vorhandenen Intelligenz weit vorausschauend tätig zu werden. In Ländern wie der Schweiz sind die Spielräume gross, denn eine reiche Gesellschaft hat grundsätzlich wesentlich bessere Karten beim Umbau der Gesellschaft Richtung 2000 Watt. Dass es einen kollektiven Effort braucht, um unseren Energiekonsum drastisch zu senken, ist dabei unbestritten. Heute sind wir noch in der komfortablen Situation, diesen Umbau freiwillig zu beschliessen und in geordneten Bahnen zu vollziehen. In 20 Jahren dürfte das anders sein, dann werden Sachzwänge regieren

– zum Beispiel exorbitante Ölpreise. Die Nachhaltigkeitsszenarien der ETH zeigen, dass dieser Umbau keine Reduktion der Lebensqualität zur Folge haben muss. So erhöht eine energieeffiziente Mobilität in den Städten und Agglomerationen die Wohn- und Aufenthaltsqualität erheblich. Dann bleibt auch Spielraum für energieeffiziente Autos in weniger dicht besiedelten Gebieten, z.B. im Alpenraum.

In der Schweiz sind wir speziell privilegiert: Wir haben Volksabstimmungen. Die StadtzugerInnen haben am 15. Mai die Gelegenheit zu einer Weichenstellung Richtung 2000 Watt. Vielleicht erinnern sie sich dabei an die Abstimmung vom September 2000 über den Solarrappen und den Gegenentwurf der Bundesversammlung. Damals liess sich die Mehrheit der Abstimmenden von der Stromlobby dazu überreden, zu beidem Nein zu sagen. Die Folge: Die Schweiz, damals noch weltweit führend in der Solartechnologie, hat den Zug verpasst und spielt nur noch in Nischenbereichen mit. Nicht auszudenken, wo wir stehen würden, wenn es damals ein Ja gegeben hätte und die Grossbanken nur einige Prozent des Geldes, welches sie im Finanzcrash in den USA verbrannt haben, in diesen Sektor investiert hätten! Vielleicht sind die ZugerInnen cleverer.

* Die Unfallgefahren bei AKWs ist aber nur eines von vielen Problemen. Auch die Risiken innerhalb des Brennstoffkreislaufes (Stichwort Castor-Transporte) oder die sozialen und ökologischen Schäden beim Abbau und bei der Herstellung des Rohstoffes Uran gehören dazu. Das BULLETIN nimmt die 2014 stattfindende nationale Abstimmung über die weitere Zukunft der AKWs in der Schweiz zum Anlass, in dieser Nummer eine Serie über alle Aspekte der Problematik Atomenergie zu starten (Seite 7).. ■

Notwendig, machbar und lohnend

Das Interview führte Martin Stuber, Redaktor BULLETIN | Illustrationen BULLETIN, Fassbind

4 **Am 15. Mai stimmen die StadtzugerInnen über die 2000-Watt-Initiative ab. Was in nächster Nachbarschaft die Grossstadt Zürich kann (eine Initiative wurde mit grosser Mehrheit angenommen), sollte in Zug erst recht möglich sein. Das BULLETIN hat sich mit Walter Fassbind, dem Energiebeauftragten der Stadt Zug, über das Thema unterhalten.**

BULLETIN: Herr Fassbind, als Energiebeauftragter der Stadt Zug beraten Sie den Stadtrat in strategischen Fragen zur Energiepolitik. Mit welchen Herausforderungen sieht sich die Stadt Zug konfrontiert?

Fassbind: Global gesehen, gibt es drei grosse Herausforderung für die Menschheit, die alle mit Energie zu tun haben. Das Bevölkerungswachstum, die Veränderungen im Klima und das absehbare Ende der fossilen Ressourcen (Öl, Gas und Kohle). Die Stadt Zug ist sehr stark abhängig von fossilen Energieträgern. Das ist schlecht für unser Klima, und die einseitige Abhängigkeit von öl- und gas-exportierenden Staaten birgt grosse Risiken. Die Situation wird zunehmend heikler, und wir sollten uns möglichst rasch darauf vorbereiten.

BULLETIN: Wo besteht der dringendste Handlungsbedarf?

Fassbind: Wenn man weiss, dass nur 6% des Zuger Energiebedarfs aus Schweizer und 94% aus ausländischen Quellen gedeckt wird, ist schnell klar, wo man ansetzen muss. Rund 80% stammen aus fossilen Ressourcen. Davon wird etwas mehr als die Hälfte verheizt, der Rest wird auf der Strasse verbraucht. Sowohl in der Wärmeproduktion wie bei der Mobilität gibt es Mittel und Wege, unsere CO2-Bilanz zu verbessern und die Abhängigkeit zu reduzieren.

BULLETIN: Neoliberale Stimmen sagen, wenn das Öl ausgehe oder zu teuer werde, löse sich das Problem von selbst. Teilen Sie diese Einschätzung?



«Fördern und fordern, wo nötig und sinnvoll.»

Fassbind: Es wäre sicher falsch, darauf zu warten, denn das Hauptproblem sind nicht die abnehmenden Ressourcen und die steigenden Preise, sondern die Zeit, die uns noch bleibt, um uns auf diese Situation vorzubereiten. In Zug gibt es beispielweise über 2'000 grössere und kleinere Ölheizungen. Nicht überall sind Wärmepumpen möglich. Für diese Gebäude müssen neue Lösungen gefunden werden. Je länger wir warten, umso mehr Geld fliesst nach Saudi-Arabien anstatt in die Sanierung von Gebäuden oder modernen Heizsystemen. Es wäre unverantwortlich, diese Problematik allein dem Markt zu überlassen.

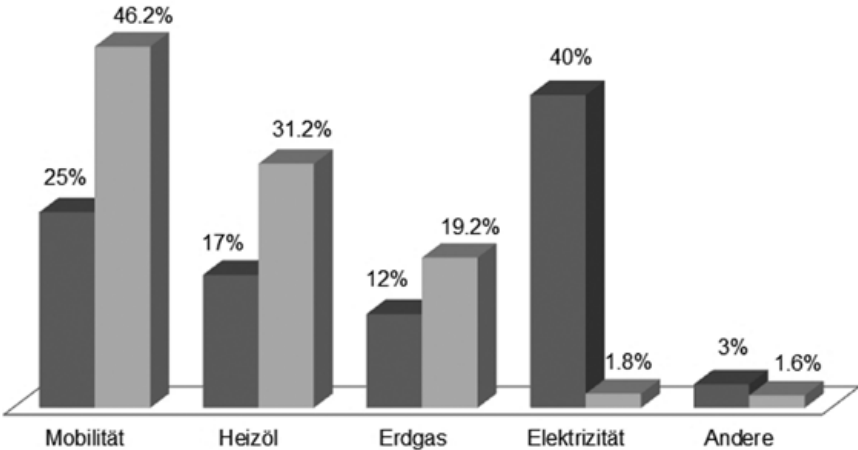
BULLETIN: Kann das Gewerbe von einer solchen Energiewende profitieren?

Fassbind: Die Umsetzung von Massnahmen wäre für das lokale Gewerbe mit Sicherheit rentabel. Ich kenne keine seriöse Strategie, die lokal so viele Arbeitsplätze und eine ähnlich hohe Wertschöpfung generieren könnte. Beispiele aus anderen Städten zeigen klar, dass es vor allem die politischen Rahmenbedingungen sind, welche moderne und innovative Lösungen bewirken.

BULLETIN: Aber am 25. Januar 2011 hat die bürgerliche Mehrheit im Grossen Gemeinderat die Initiative „2000 Watt für Zug“ fast geschlossen zur Ablehnung empfohlen - politische Blindheit?

Fassbind: Nicht blind, aber manchmal auf einem Ohr taub. Ich habe die Debatte mitverfolgt. Die Initiative wurde vom zuständigen Stadtrat und von gemeinderätlichen Komitee-Mitgliedern sehr kompetent und überzeugend vertreten, und es gab durchaus gute Voten. Leider war auch festzustellen, dass oft auch ganz wirre Vorstellungen über die Auswirkungen im Falle einer Annahme vorliegen. Nach meiner Empfindung standen aber die Meinungen bereits

Energiestrategie 2050, Verteilung des Leistungsbedarfs und der CO₂-Emission auf einzelne Bereiche (Reduktionspotenziale 2010)



vorher fest, und die Chancen, während der Debatte noch jemanden umzustimmen, waren gleich null. Die Abstimmung wurde auf Wunsch der SVP per Namensaufruf durchgeführt. Insofern war das Resultat nicht erstaunlich.

BULLETIN: Sind die Fronten verhärtert oder gibt es doch noch einen gemeinsamen Weg?

Fassbind: Es gibt immer einen Weg. In der energiepolitischen Diskussion gibt es sogar bereits einen gemeinsamen Nenner: Alle wollen erneuerbare anstatt fossile Energiequellen, die das Klima schädigen. Darin ist man sich inzwischen einig! Man möchte aber auch die Versorgung sicherstellen, unabhängig werden, Risiken minimieren, Arbeitsplätze schaffen und vor allem – tiefe Energiepreise. Die Ziele sind klar, aber der Weg wird sicher noch zu diskutieren geben.

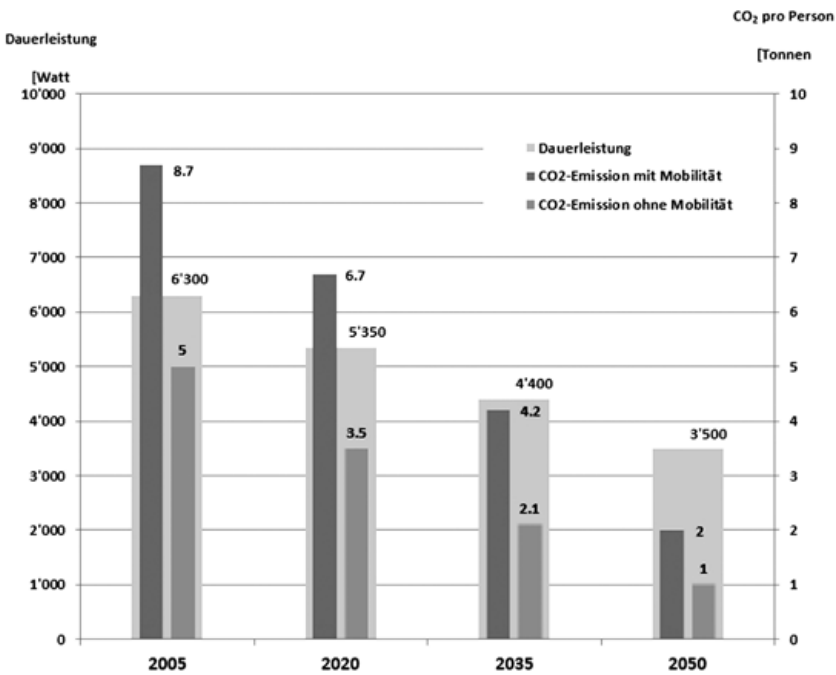
BULLETIN: Wer an eine Zukunft glaubt, müsste doch auch hinter der Idee einer nachhaltigen Energieversorgung stehen?

Fassbind: Ich denke, die Bevölkerung darf von ihrer Regierung erwarten, dass sie sich auch über die Legislatur hinaus Gedanken macht, wie eine Stadt in eine gute Zukunft gelenkt werden kann. Der Zuger Stadtrat hat diese Verantwortung wahrgenommen. Er ist der Meinung, dass die nachhaltige Versorgung mit Energie die Grundlage für die Weiterentwicklung der Lebensqualität bildet und Voraussetzung für das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben ist. Jetzt gilt es zu hoffen, dass die Bevölkerung auch hinter dem Gedanken der Nachhaltigkeit steht und den Stadtrat unterstützen wird.

BULLETIN: Wie stehen Sie zum Auftrag in der Initiative?

Fassbind: Bei der Initiative „2000 Watt für Zug“ handelt es sich in er-

Absenkpfad



ster Linie um einen Auftrag an die Verwaltung. Sie soll sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft einsetzen. Die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft liegen im Jahr 2150. Sie sind daher lediglich als richtungweisend zu verstehen. Viel wichtiger erscheint mir das Zwischenziel im Jahr 2050. Wir haben also 40 Jahre Zeit, um den Pri-

märleistungsbedarf auf 3500 Watt und den CO₂-Ausstoss auf zwei Tonnen pro Person und Jahr zu senken.

BULLETIN: Wie weit decken sich diese Ziele mit denen des Bundes oder anderer Städte?

Fassbind: Sie decken sich mit der schweizerischen Energie- und Klimapolitik und richten sich nach der



Methodik des SIA-Effizienzpfades. In der Schweiz gibt es 236 Energiestädte. Auch sie richten sich nach diesen Zielen. Es sind auch die gleichen Ziele, die vom Zuger Stadtrat in seiner Energiestrategie 2050 übernommen worden sind. Einzig die Stadt Zürich setzt sich weit ehrgeizigere Ziele. Mit der Annahme der Initiative „Ja zur Nachhaltigkeit“ will man die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft anstatt im Jahr 2150 bereits im Jahr 2050 erreichen.

BULLETIN: Wie können die Ziele konkret erreicht werden?

Fassbind: Konkret bedeutet das, die Erneuerungsrate von Gebäuden zu erhöhen, den Gebäudestandard zu verbessern und ein Grossteil der fossil betriebenen Heizungen auf lokal vorhandene Umweltwärme umzustellen. Auch muss in die Infrastruktur der Elektrizitätsversorgung investiert und verstärkt auf regionalen Strom aus erneuerbaren Quellen gesetzt werden. Weitere Schwerpunkte sind eine stadtverträgliche Mobilität sowie der Ausbau von Massnahmen, die zu einer Effizienzsteigerung führen. Die begleitende Devise heisst: Fördern und fordern, wo nötig und sinnvoll. Im Vordergrund steht das Zwischenziel. Dieses liegt für manche von uns und für die meisten unserer Kinder in greifbarer Nähe. Prioritär geht es darum, den CO₂-Ausstoss zu verringern, Abhängigkeiten zu reduzieren und regionale Ressourcen zu nutzen. Gleichzeitig soll die lokale Wirtschaft gestärkt und die Kompetenzen der Bevölkerung erhöht werden. Für die Stadt Zug heisst es, in Zukunft in erster Linie als gutes Beispiel voranzugehen und zu zeigen, was machbar ist.

BULLETIN: Ist eine nachhaltige Energieversorgung volkswirtschaftlich tragbar? Sprich: Werden die Energiekonsumenten das bezahlen?

Fassbind: Die Energieversorgung wird in jedem Fall teurer, unabhängig davon, ob wir sie gestalten. Im



«Den Menschen die Zusammenhänge zwischen ihrem Verhalten und den Umweltkonsequenzen aufzeigen.»

Energiepreis aus fossilen und nuklearen Quellen fehlen bis heute die Folgekosten für Umweltschäden. Solche Schäden sind weder kalkulierbar noch versicherbar. Die Frage wäre hierbei: Bis zu welchem Preis sind wir bereit, diese Risiken zu übernehmen? Eine nachhaltige Energiestrategie ist umsetzbar, wenn sie technisch machbar, ökonomisch tragbar und vor allem eine gesellschaftliche Akzeptanz findet. In diesem Zusammenhang fragt man gerne, wie weit in einer modernen Gesellschaft die persönliche Freiheit eingeschränkt werden darf. Die Frage müsste aber eigentlich lauten: Welche Weichen sind zu stellen, um solche Einschränkungen zu verhindern?

BULLETIN: Genügen Förderprogramme, um die richtigen Weichen zu stellen?

Fassbind: Obwohl ein sparsamer Umgang mit Energie auch finanziell interessant ist, werden selbst einfachste Massnahmen nicht umgesetzt. Der finanzielle Anreiz scheint nicht zu genügen, um dem Energiesparen einen wesentlichen Impuls zu verschaffen. Offensichtlich sind auch nicht-finanzielle Motive gefragt. Ein wesentliches Hemmnis zum Energiesparen ist ganz einfach mangelndes Interesse. Das resultierende Unwissen führt unweigerlich zu Kompetenzproblemen, Unsicherheiten und Ängsten. Politische Massnahmen und finanzielle Anreize sind kurzfristig hilfreich, aber kaum geeignet, um bestehende Denkmuster zu verändern und die notwendige Überzeugung aufzubauen. Vielmehr muss es darum gehen, den Menschen die Zusammenhänge zwischen ihrem Verhalten und den Umweltkonsequenzen aufzuzeigen und ein Umdenken aufzubauen.

BULLETIN: 2000 Watt – oder auch schon 3500 Watt – postuliert eine veränderte Lebensweise...

Fassbind: Nur wer sich dazu Gedanken macht, kann eine bewusste Auswahl für die Art und Weise der eigenen Lebensführung treffen. Eine intelligente Lebensweise hat viel mit der Bildung einer persönlichen Werthaltung und Meinung zu tun. Zu einer solchen Selbstbestimmung braucht es Bereitschaft, Kompetenz und Motivation. Das sind ganz wichtige Bausteine einer zukunftsfähigen Gesellschaft, die es in jedem Fall zu fördern gilt.

Jean-Jacques Rousseau formulierte es im 18. Jahrhundert so: Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern, dass er nicht tun muss, was er nicht will. Zugerinnen und Zuger können am 15. Mai 2011 abstimmen und dafür sorgen, dass ihre Kinder nicht etwas tun müssen, was wir nicht wollten. ■

Uran - strahlendes Metall - verfluchte Erde

Roger D. Tanner, Zug | Bild Incomindios

In den kommenden Ausgaben des BULLETINS wird unter der Überschrift «Strahlende Zukunft» bis zur Abstimmung über den Bau neuer AKW's im 2014 regelmässig ein spezifisches Detail des Atomstroms beleuchtet. In dieser Nummer: AKW's produzieren aus radioaktiven Brennstäben Strom. Doch woher kommt dieser nukleare Brennstoff?



Abraumhalden von Uranerz im Gebiet der Havasupai-Indianer.

Während wir uns in der westlichen, industrialisierten Welt mit Problemen wie Sicherheit der Atomkraftwerke oder Lagerung von radioaktiven Abfällen beschäftigen, ist in aller Regel wenig bekannt, woher dieses radioaktive Teufelszeug herkommt. Was Uran genau ist, wissen eher wenige. Auf die Frage, was denn Uran sei, reagierten bei einer Strassenumfrage Passanten ganz unterschiedlich. Doch niemand konnte präzise Auskunft geben. Ganz ernsthaft fragten einige zurück, ob das vielleicht ein Land sei oder eine neue Sorte Eiscrème.

Im Brockhaus steht: «Uran (benannt nach dem Planeten Uranus und somit nach dem griechischen Himmels Gott Uranos) ist ein Metall, dessen Isotope allesamt radioaktiv sind.»

Uran ist fast an jedem Ort auf unserem Planeten anzutreffen. Es gibt davon mehr als von den meisten anderen Metallen in der Erdkruste (40 Mal mehr als Silber und 500 Mal mehr als Gold). So lässt sich auch in der Schweiz Uran finden, allerdings unter der abbauwürdigen Minimalmenge. Ein untrügerisches Zeichen für die Präsenz von Uran im Gestein ist das Austreten von Radon-Gas, speziell in Kellergeschossen. Derzeit in Betrieb befindliche Lagerstätten beinhalten zwischen einigen hunderttausend und einigen hundertmillionen Tonnen Erz mit Urangelhalten zwischen 0,01 und 15 Gewichtsprozent. Die größte Uranressource stellt derzeit die Abbaustätte Olympic Dam in Südaustralien dar mit mindestens 7,7

Mrd. Tonnen Erz und durchschnittlich 0,028 Gewichtsprozent Uran.

7

Uranabbau

Am Anfang der nuklearen Prozesskette, welcher der Atomstrom unausweichlich unterliegt, steht das zu Tage fördern von Uran. Mit Hilfe von Satelliten und Flugzeugen in hunderten Flugstunden, gefolgt von unzähligen Sondierbohrungen, werden «abbauwürdige» Uranvorkommen gesucht. Liesse man das strahlende Metall dort liegen, wo es ist, hätten wir zwar keinen Atomstrom, dafür auch keine Probleme mit den Begleiterscheinungen seiner Förderung. Egal ob im Tagebau, Bergbau oder weiteren technisch komplexeren Verfahren (In-situ) – hier geschieht die eigentliche Katastrophe. Es entsteht sehr viel Feinstaub, der in die Umgebungsluft abgegeben wird. Der Wind verfrachtet diesen radioaktiven Staub in jede Ritze. Im Weiteren fällt sehr viel Aufbruchmaterial an, das auf Abraumhalden – Tailings genannt – gelagert wird. Der Abraum strahlt für zehntausende von Jahren vor sich hin. Zudem sind Unmengen an Prozesswasser stark mit Schwermetallen belastet. Alles Leben in der näheren und weiteren Umgebung geht für immer verloren.

Auch in Europa

Solche Beispiele gibt es auch in Europa. Vor allem in Südfrankreich und in der ehemaligen DDR wurde extensiver Uranabbau betrieben. Dabei befanden sich größere Lagerstätten hauptsächlich im Erzgebirge, in Ostthüringen und der Sächsischen Schweiz. Die Sanierung dieser Gebiete ist bis heute nicht abgeschlossen. Die Auswirkungen dieses radioaktiven GAUs lassen sich bis in die Schweiz weiterverfolgen.

In der nächsten Folge geht es um den Uranabbau anderswo und seine Folgen. ■

Beim Bundesamt für Verkehr

Martin Stuber, Co-Präsident des Komitees «Zimmerberg light - Bahnausbau mit Augenmass» | Illustrationen Komitee ZBL

8 Es weht ein anderer Wind im Bundesamt für Verkehr (BAV) – dem für den nationalen öffentlichen Verkehr zuständigen Amt in Bern. Seit dem 1. Juni 2010 steht ihm Dr. Peter Füglistaler als Direktor vor. Seit November 2010 hat er eine neue Chefin: Doris Leuthard trat die Nachfolge von Moritz Leuenberger im UVEK an. Leuthard kann nicht unbedingt als ÖV-Fan bezeichnet werden, ihr BAV-Chef hingegen blickt auf eine lange Karriere bei den SBB zurück, wo er Leiter Finanzen und Recht der SBB-Infrastruktur war. Zwei Zuger haben ihn kürzlich besucht.

Das Mail war kurz und bündig und traf einen Tag nach der Anfrage ein: «Herr Direktor Füglistaler ist gerne bereit, Sie zu einem Gespräch im BAV in Ittigen zu treffen.» Ein Termin war schnell vereinbart – die Freude darüber gross, dass der BAV-Direktor unser Anliegen ernst nimmt. Die langen Vorbereitungsarbeiten für die Komiteegründung und die resonanzstarke Medienkonferenz des «Überparteilichen Komitees Zimmerberg light – Bahnausbau mit Augenmass» vom 3. Februar zeitigten die ersten Resultate. Am gleichen Tag wie das Mail erschien ein grosser Artikel in der NZZ unter dem Titel «Umstrittener Bahnausbau zwischen Zürich und Zug». Die NZZ versteckte ihre Sympathien für unsere Alternative zum veralteten Projekt eines Zimmerberg-Basistunnels II (ZBT II) nicht. Deutlich mehr Nutzen für halb so viel Investition – das wirkt, und die NZZ hat eine lange Tradition der kompetenten, aber zugleich kritischen publizistischen Beobachtung von Schieneninfrastrukturprojekten.

Anlaufprobleme

Zusammen mit Gerhard Schmid, dem Geschäftsführer des Komitees, geht die Reise nach Bern Ittigen und beginnt mit einer Panne: Wir steigen an der Haltestelle Ittigen aus. Das UVEK mit all seinen Ämtern liegt aber eine Station zurück, wie uns eine nette Frau erklärt. Angesprochen auf die offenbar rege Bautätigkeit in Ittigen meint sie: «Mer hei haut tüüfi Stüüre.» Als Zuger geoutet, wendet sich unsere Diskussion sofort den Wohnungsmie-

ten zu und siehe da: Auch in Ittigen wird es immer teurer zum Wohnen. Der Gegenzug kommt schnell, und so erreichen wir das BAV doch noch rechtzeitig, die eingeplante halbe Stunde Reservezeit hat sich gelohnt. Das zweite Missgeschick folgt sogleich – wir marschieren schnurstracks ins Gebäude, ohne zu bemerken, dass sich die Eingangstüre nicht für uns, sondern für einen autorisierten BAVler öffnet. Der uns nahe-lende Pförtner ist jedoch nett und nimmt uns das widerrechtliche Eindringen nicht übel – Berner Gemütlichkeit, und wir sind immer noch eine Viertelstunde zu früh. Peter Füglistaler ist aber schon frei, und so wird aus der geplanten Stunde mehr als Fünfviertelstunden intensiver und angeregter Diskussion.

Spannende Diskussion

Wir können die vielen Gründe, welche für Zimmerberg light (ZBL) sprechen, ausführlich darlegen. Es fällt auf: Der BAV-Chef kann zuhören und ist bis in viele Details sattelfest, was angesichts der zahlreichen Projekte, die auf seinem Pult liegen, nicht selbstverständlich ist. Bei der Diskussion über den Engpass Thalwil (vgl. Kasten) huscht ein Lächeln über sein Gesicht, und er erwähnt die «Notanbindung» von Thalwil. Ursprünglich hätte ja der Zimmerberg-Basistunnel in einem Rutsch von Zürich nach Baar Littli gebohrt werden sollen, die Mehrkosten der NEAT erzwangen dann einen Unterbruch und eben einen ursprünglich nicht geplanten Ausgang in Thalwil.



Das Komitee «Zimmerberg light» ist überparteilich und überkantonal, was sich auch im Präsidium des Vereins widerspiegelt:

Karin Blättler, Co-Präsidentin, Präsidentin Pro Bahn Zentralschweiz, Luzern
Martin Stuber, Co-Präsident, Kantonsrat Alternative – die Grünen, Zug
Werner Villiger, Co-Präsident, Kantonsrat SVP, Zug

Mitglied werden via www.zimmerberg-light.ch

Das wesentlich bessere Kosten-Nutzen-Verhältnis beim ZBL, die betrieblichen Vorteile, die Etappierbarkeit beim Bau – all dies mochte der BAV-Chef nicht bestreiten, und auch das strategische Hauptargument der «Gotthardisten» bei den SBB und anderswo schien Füglistaler nicht besonders zu überzeugen: der Ausbau der Achse Zürich–Mailand mit einer Fahrzeit deutlich unter drei Stunden. Dass dies auch mit ZBL problemlos machbar wäre und die grossen Probleme auf dieser Achse wohl eher in Italien als im Zimmerberg liegen, schien ihm bekannt.

NIBA

Trotz allem: Im BAV werden alle Bahnprojekte in einem ersten Schritt mit einem systematisierten Raster (NIBA = Nachhaltigkeitsindikatoren für Bahninfrastrukturprojekte) verglichen. Weil das NIBA den Fahrzeitgewinn sehr hoch gewichtet (6 Minuten beim ZBT II versus 1–2 Minuten bei ZBL) und kein umfassender Kosten-Nutzen-Vergleich möglich ist in diesem Grobraster, schneidet der ZBT II besser ab und gilt weiterhin als offizielles Projekt. Auslastung des Bauwerks, Unterhaltskosten, betriebliche Flexibilität (Einbezug von Thalwil und Flughafenzügen via Durchmesserlinie, Letztere fast gleich schnell wie jene via ZBT II und HB) und der

Verlust der Anschlusspinne in Zug – das sind offenbar alles zweitrangige Faktoren.

Herr Füglistaler liess aber durchblicken, dass ein vertiefter Variantenvergleich sinnvoll sei. Bis zur Erarbeitung des zweiten Ausbauschruttes muss dieser vorliegen – das dauert aber noch einige Jahre. Denn auch das wurde aus dem Gespräch klar: Der Zimmerberg ist aktuell kein Thema.

Wir traten die Heimreise mit dem guten Gefühl an, die argumentative Feuerprobe mit Bravour bestanden zu haben. Die Aufgaben sind jetzt klar: dafür sorgen, dass ein detaillierter und fairer Variantenvergleich vorgenommen wird und dann dafür kämpfen, dass ZBL wenigstens im zweiten Ausbauschrutten enthalten sein wird. Die Alternative zu light ist zero. ■



9



Der Nordkopf des Bahnhofs Thalwil: ein Engpass, der so oder so beseitigt werden muss.

Engpass Thalwil

Der an sich sehr gut ausgebaute Knoten Thalwil hat in seinem Nordkopf einen Engpass: Auf einem kurzen Stück verengen sich sechs Geleise auf zwei, um sich nachher in die beiden Doppelspuren Seelinie und Zimmerberg-Basistunnel I zu verzweigen.

Dieses Problem wird von den ZBT-II-Befürwortern als eines der Hauptargumente gegen ZBL dargestellt. Es existiert aber die Studie eines bekannten Zürcher Planungsbüros, erstellt im Auftrag der Stadt Luzern, welche zum Schluss kommt, dass ein drittes Gleis machbar ist und den Engpass entschärft. Im ZEB-Gesetz ist die Behebung dieser Lücke explizit aufgeführt. Die Kosten werden auf ca. 40 Millionen geschätzt. Auch mit diesen Kosten eingerechnet dürfte Zimmerberg light höchstens halb so viel kosten wie der ZBT II.

Die besagte Studie ist zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses immer noch unter Verschluss – der Luzerner Stadtrat möchte sie aus diplomatischer Rücksicht auf die Zuger Regierung, welche weiterhin am ZBT II festhält, noch nicht publizieren. Inzwischen verlangt eine Interpellation im Zuger Kantonsrat deren Veröffentlichung.

Reife PR-Leistung

Es ist weniger als ein Jahr her, als das alte Tandem UVEK-Vorsteher Leuenberger und BAV-Chef Friedli das Projekt «Bahn 2030» vorgestellt hatte: zwei Varianten, eine für 12 und eine für 21 Milliarden. Da die billigere Variante die Nord-Süd-Achsen vernachlässigte, war vorgespurt, dass nur die 21-Mia.-Lösung politische Chancen hatte. In dieser teuren Variante war ZBT II dabei. Woher die 21 Milliarden bis 2030 kommen sollten, stand in den Sternen.

Peter Füglistaler machte nach seinem Amtsantritt schnell klar, was er von «Bahn 2030» hält: wenig. Das BAV hatte vom Bundesrat den Auftrag bekommen, zusammen mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung realistische Vorschläge für die Finanzierung der Bahninfrastrukturprojekte und des Infrastruktur-Unterhaltes zu entwickeln. Dass der Unterhalt der SBB-Infrastruktur vernachlässigt worden war, ein Nachholbedarf bestand und höhere laufende Kosten auf Jahrzehnte hinaus anstanden, verschärfte die Finanzierungsfrage.

Die Antwort in der Studie, die beim BAV heruntergeladen werden kann (Google-Stichwort: BAV FiBi) war einfach: Schluss mit «Bahn 2030», stattdessen einzelne Ausbauschrutten. Der erste für 3,5 Milliarden bis 2025, ein zweiter 4 bis 8 Jahre später im Umfang von ca. 6 Milliarden.

Von 21 Milliarden bis zum Jahr 2030 runter auf 9,5 Milliarden bis deutlich nach 2030 – wie verkauft man das? Ganz einfach: Man rückt den Fokus auf einen neu zu schaffenden Bahninfrastrukturfonds (BIF), betont den jährlichen Beitrag der Kantone von 300 Millionen, die Erhöhung der Billettpreise (wegen höherer Trassenkosten) und positioniert den BIF offen als indirekten Gegenvorschlag zur VCS-Initiative. Erwähnt wird nur der erste Ausbauschrutten, der zweite ist kein Thema. Damit ist der Aufschrei der Kantone vorprogrammiert, die Finanzierung rückt in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion und der Ausbau gemäss «Bahn 2030» ist medienmässig ein «toter Hund». Eine reife PR-Leistung. Die Erkenntnis, dass damit der Zimmerberg Basistunnel II für Jahrzehnte vom Tisch wäre, gelangte dank einer zügig eingereichten Interpellation im Kantonsrat und der Medienkonferenz des ZBL-Komitees ins Bewusstsein der Zuger Bevölkerung.



Schmutziges oder sauberes Wasser

Josef Lang, Nationalrat Alternative – die Grünen Zug | Foto BULLETIN

10

Recht deutlich stimmte der Nationalrat am ersten Sessionstag für die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des BNP. Unser Nationalrat warb mit zwei Wasserflaschen dafür.

Eine Minderheit der Kommission will bis 2015 bloss das 0,45-Prozent-Ziel erreichen und die Kredite für die Deza (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) und das Seco (Staatssekretariat für Wirtschaft) kürzen. Was wären die Folgen dieser Kürzungen?

Alternativen zu Brandrodungen

Beginnen wir mit den 28 Millionen Franken beim Seco! Sie gehören zum Beitrag, den die Schweiz am Klimagipfel in Kopenhagen fest zusagte. Das Seco möchte zum Beispiel die Bevölkerung im peruanischen Urwald dazu bringen, auf Brandrodungen zu verzichten, die sehr viel CO₂ freisetzen. Die Leute brauchen aber Alternativen zur Kleinlandwirtschaft, die sie betreiben. Diese Alternativen liegen im Urwald selber: Von Pará-Nüssen und Tropenfrüchten, die auf lokale Märkte kommen oder exportiert werden, über Rohstoffe für Naturkosme-

tika bis zu nachhaltigem Tourismus. Solche Projekte erreichen gleich mehrere Ziele: Der CO₂-Ausstoss geht zurück, was auch uns etwas nützt. Der Urwald, die grüne Lunge des Planeten, wird erhalten. Und die Bevölkerung verdient mit diesen Alternativen mehr als vorher, was zur Entwicklung beiträgt.

Sauberes Wasser gegen Durchfall

Kommen wir zur Deza! Sie müsste auf 150 Millionen Franken im Wasserektor verzichten. In einem Sektor also, der für die Entwicklung armer Menschen und armer Länder zentral ist. Wenn Menschen sauberes Trinkwasser haben, gehen Durchfallkrankheiten massiv und rasch zurück. Das ist keine Lappalie: Keine andere Krankheit in Entwicklungsländern tötet so viele Kleinkinder wie Durchfall, keine hält so viele Erwachsene von der Arbeit ab und so viele Schulkinder vom Unterricht fern.

Wenn Bauernfamilien die Möglichkeit erhalten, ihre Gärten und Felder zu bewässern, können sie sich nicht nur besser ernähren. Sie verdienen auch zwei, oder dreimal mehr als vorher, weil die Anbausaison länger wird und die Erntemengen steigen. Sauberes Trinkwasser und sanitäre Anlagen retten umgehend Leben. Landwirtschaftliche Bewässerung erhöht das Einkommen bereits in der ersten Saison.

Ausgerechnet hier will die Minderheit mehr als die Hälfte der Mittel streichen. Dabei könnte man mit 150 Millionen Franken so viel erreichen: Latrinen für Hunderte von Schulen und Spitälern; Bewässerungssysteme für Tausende von Bauernfamilien; sauberes Trinkwasser für Millionen Menschen.

0,45 Prozent bedeutet, Millionen Menschen wortwörtlich im Dreck sitzen zu lassen. ■

Gerhard Pfister mit SVP gegen CVP Autor (Philippe Koch)

Es gibt keinen Kanton in der Schweiz, der derart massiv vom ungleichen und ungerichten Tausch zwischen Nord und Süd unseres Planeten profitiert. Umso beschämender ist es, dass nicht nur Marcel Scherer von der SVP, sondern auch Gerhard Pfister von der CVP gegen die Solidarität gestimmt haben. Der kleine Seco-Kredit, bei dem es um das Soziale und die Ökologie ging, wurde mit 104 zu 82 Stimmen angenommen. Der grössere Deza-Kredit kam mit 106 zu 79 Stimmen durch. In der Fraktion von CVP, EVP und GLP stimmten beide Male 26 dafür. Vier, unter ihnen der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister, waren dagegen, zwei enthielten sich. Die Rotgrünen und die BDP waren einstimmig dafür. Bei der FDP war jeweils eine knappe Mehrheit dagegen. Die SVP lehnte beide Male geschlossen ab. Die SVP-Bauern sind für die Solidarität des Bundes mit ihnen selbst, aber gegen die Solidarität des Bundes mit Bauernfamilien in Afrika und Lateinamerika.



Wenn Menschen sauberes Trinkwasser haben, gehen Durchfallkrankheiten massiv und rasch zurück.

Gegen SVP-Nationalismus

Redaktion BULLETIN

Die Basler Zeitung brachte am 4. März ein zweiseitiges Interview mit Jo Lang. Wir bringen einen innen- und einen aussenpolitischen Ausschnitt.

BaZ: Herr Lang, fast alle Parteien werben im Wahljahr mit der Schweiz. Die Grünen nicht. Ein Fehler?

Lang: Die FDP und die CVP beschwören im Schlepptau der SVP nationale und konservative Werte. Dabei klammern sie all jene liberalen und sozialen Traditionen aus, die unser Land ebenfalls ausmachen. (...) Die Linken und Grünen sollten die nationalistische Offensive, die wir derzeit erleben, mit dem Verweis auf die liberalen, sozialen und ökologischen Traditionen der Schweiz kontern. Damit meine ich die offene Asylpolitik, die wir im 19. Jahrhundert pflegten, den säkularen, nicht explizit auf das Christentum reduzierten Bundesstaat oder die AHV, die massgeblich ist für die Identität unseres Landes.

BaZ: Wie erklären Sie sich die anscheinend plötzlich ausgebrochene Heimatliebe der Parteien?

Lang: In der Bevölkerung gibt es eine Grundverunsicherung, die seit längerem politisch bewirtschaftet wird: die Angst vor der Globalisierung. Der Versuch, sich angesichts dieser Verunsicherung auf den Nationalstaat zu besinnen, ist verständlich. Unser Sozialsystem etwa ist ja nur innerhalb des Nationalstaats denkbar. Dieser Prozess lässt sich in ganz Europa beobachten. Speziell für die Schweiz ist aber, dass sie nach dem Ende des Kalten Kriegs in eine grössere Identitätskrise gestürzt ist als andere Staaten.

BaZ: Wieso das?

Lang: Die bequeme Nische, in der wir bis 1989 als neutrales Land innerhalb des Westbündnisses gelebt haben, gibt es nicht mehr. Erstmals gespürt haben wir das während der Nazigold-Debatte, als die USA der Schweiz gegenüber plötzlich feindselig auftraten. Auch die Angriffe auf das Bankgeheimnis fallen in diese Kategorie.

BaZ: Nationalismus als Reaktion auf Kritik von aussen?

Lang: Das würde zu kurz greifen. Es gibt auch im Inneren der Schweiz einen grossen Widerspruch zwischen Sein und Bewusstsein, zwischen Struktur und Selbstverständnis. Die Schweiz ist ein höchst verstädtertes Land, doch nur die Minderheit der Städter hat ein urbanes Selbstbewusstsein. Der Grossteil der neuen Städter, vor allem in den Agglomerationen, lebt noch immer in einer Sehnsucht nach dem Land, der dörflichen Idylle, der Vergangenheit.

BaZ: Sie leben also am falschen Ort.

Lang: Ja, denn Urbanität ist mehr als nur Struktur, sie ist auch eine Einstellung, eine Kultur. Diese Sehnsucht nach dem Land ist typisch schweizerisch. Das nationalkonservative Selbstverständnis des Landes beruht seit jeher darauf. (...)

BaZ: Welche Folgen haben die arabischen Revolutionen für die Schweiz?

Lang: Die Revolutionen im Süden der Schweiz könnten dazu führen, dass die Schweizer nun ein anderes, positiveres Bild von der arabischen Bevölkerung erhalten. Das ist wichtig, denn die nationalkonservative Welle lebt zu einem grossen Teil von der Muslimfeindlichkeit.

BaZ: Wie genau verringern die Revo-

lutionen in Nordafrika die Muslimfeindlichkeit in Europa?

Lang: Das konservative Feindbild der arabischen Muslime wird durch den demokratischen Aufstand aufgeweicht. Die gleichen Männer mit ihrer kehligen und lauten arabischen Sprache, die nun nach mehr Freiheit rufen, werden plötzlich anders wahr-

11



Ausschnitt aus der Basler Zeitung

genommen. Dasselbe gilt für die Frauen, teils mit Kopftuch und Burka, teils ohne, die für jene demokratischen Werte kämpfen, die auch uns in der Schweiz wichtig sind. (...)

BaZ: Das Parlament hat eine dringliche Debatte angesetzt zur Flüchtlingsproblematik. Ist das nötig?

Lang: Die Debatte um die Flüchtlinge offenbart den Widerspruch der Nationalkonservativen: Einerseits propagieren sie die Fremdenabwehr, andererseits wollen sie nichts dazu beitragen, dass die arabischen Menschen in ihren Ländern bleiben können. Was wir wirklich diskutieren müssen, ist die Demokratie- und Wirtschaftsförderung in diesen Staaten. Was kann die Schweiz leisten, um den demokratischen Aufbruch und die ökonomische und soziale Entwicklung in diesen Staaten zu stärken? ■

Recht den Zuger Linken

Hanspeter Uster

12 Mit Urteil vom 20. Dezember 2010 hat das Bundesgericht eine Beschwerde der SP des Kantons Zug, der Alternative – die Grünen Zug, der Christlich-Sozialen Partei Zug, des Unabhängigen-Grünen Forums Zug sowie mehrerer Privatpersonen in der Hauptsache gutgeheissen und ihnen somit im Kampf für gerechten Proporz recht gegeben.

Im August 2009 beschloss der Kantonsrat mehrere Änderungen des Wahl- und Abstimmungsgesetzes WAG, einschliesslich der Abschaffung der Möglichkeit von Listenverbindungen. Im März 2010 stimmte das Zuger Stimmvolk dieser Gesetzesänderung, welche aufgrund eines Referendums zur Abstimmung gekommen war, zu. Weiter beschloss der Kantonsrat im Januar 2010 für die im Herbst 2010 vorzunehmende Erneuerungswahl des Kantonsrates die Anzahl Mandate für die einzelnen Gemeinden. Dieser Kantonsratsbeschluss sieht teilweise sehr kleine Wahlkreise vor – so haben die Gemeinden Menzingen und Walchwil nur je drei Sitze.

Zu kleine Wahlkreise

Das Wahlverfahren für den Zuger Kantonsrat steht im Widerspruch zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung und verletzt den in der Rechtslehre und Praxis anerkannten Anspruch auf die so genannte Erfolgswertgleichheit der Stimmen. Wahlkreise mit drei Mitgliedern ergeben ein natürliches Quorum von 25 Prozent für einen Sitz – dies überschreitet den vom Bundesgericht festgelegten Richtwert von 10 Prozent bei weitem. Ausserdem bestehen zwischen den Wahlkreisen extreme Grössenunterschiede, was als rechtsungleich und somit verfassungswidrig zu qualifizieren ist.

Sowohl der Beschluss des Kantonsrates Zug betreffend Anzahl Kantonsratsmandate für die einzelnen Gemeinden als auch die Änderungen des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wurden durch die eingangs erwähnte Beschwerde der

Zuger Linken angefochten. Die Beschwerdeführenden führten an, diese verfassungswidrige Verteilung der Kantonsratsmandate verletze ihre politischen Rechte und die Rechtsgleichheit. Durch die ausserdem vorgenommene Streichung des § 38 WAG, welcher Listenverbindungen zugelassen hatte, werde eine Betätigung der kleinen politischen Parteien zusätzlich massiv eingeschränkt und sei ein weiterer Schritt, die kleinen Parteien im Kanton Zug zurückzudrängen.

Erfolg der Zuger Linken

Das Bundesgericht hält nun in seinem Entscheid fest, dass sich aus der Bundesverfassung keine Pflicht ergibt, Listenverbindungen zu ermöglichen. Hingegen hält das für die Kantonsratswahl vorgesehene Verfahren des Kantons Zug laut Bundesgericht vor der Bundesverfassung nicht stand. Das im Kanton Zug praktizierte Wahlsystem genügt den Anforderungen an ein Proporzverfahren nicht; der Zuger Gesetzgeber muss deshalb das Wahlsystem im Rahmen der Kantonsverfassung neu gestalten. Gleichzeitig zeigt das Bundesgericht den gesetzlichen Weg auf, der Verfassung Genüge zu tun, ohne sie ändern zu müssen.

Damit hat sich die Zuger Linke erfolgreich gegen die Weigerung der bürgerlichen Mehrheit gewehrt, die Revision des Zuger Wahlgesetzes mit einem bundesgerichtskonformen Wahlsystem zu verbinden.

Die damalige Gesetzesvorlage wurde mit sehr kurzen Fristen erarbeitet. Es ist zu hoffen, dass die Regierung bei der Umsetzung des Bundesgerichtsauftrages ähnlich ambitioniert

vorgeht und so die Vorgabe des Bundesgerichtes erfüllt, dass bei den nächsten Kantonsratswahlen konform mit der Bundesverfassung gewählt werden kann. ■

Jahr des Waldes

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Alternative – die Grünen Zug

Riesige Flächen tropischer Wälder werden gerodet, um Palmölplantagen für Kosmetika oder Soja-Felder für die Rindermast anzulegen. Die Abholzung zerstört Lebensräume von zahlreichen Tier- und Pflanzenarten, die Böden erodieren, das Trinkwasser versiegt und der Treibhausgas-Ausstoss steigt. Vor diesem Hintergrund hat die UNO 2011 zum Internationalen Jahr des Waldes erklärt.

Der Wald leistet mit seiner Erholungsfunktion einen wesentlichen Beitrag an die hohe Lebensqualität der Bevölkerung. In den letzten Jahren nahmen die Erholungsaktivitäten im Wald stark zu. Das Aufkommen neuer Trendsportarten oder vermehrte Grossveranstaltungen erhöhen die Belastung der Wälder zusätzlich.

Naturschutzfunktion

Rund ein Viertel der Zuger Waldfläche ist Naturschutzgebiet oder als besonderer Lebensraum ausgeschieden. In keinem anderen Kanton ist der Anteil an Wald, wo Leistungen der Biodiversität im Vordergrund stehen, so gross. Etwa 70 Prozent aller in der Schweiz vorkommenden Tier- und Pflanzenarten leben im Wald oder halten sich zeitweise dort auf. Im Zuger Wald wurden bislang 712 Farn- und Blütenpflanzen nachgewiesen. Davon gelten gemäss Roter Liste schweizweit 39 Arten als potenziell oder stärker gefährdet. Bei den Vögeln verlangt der Bund Artenförderungsmassnahmen zugunsten des Auerhuhns, des Grauspechtes und des Haselhuhnes.

Schutz vor Naturgefahren

Die Schutzfunktion des Waldes vor Naturgefahren ist im Kanton Zug von grosser Bedeutung. 45 Prozent der Waldfläche sind Schutzwälder gegen

Naturgefahren und Hochwasser (CH: 36 Prozent). Diese reduzieren das Gefahrenpotenzial in erster Linie bei Rutschungen, Murgängen, Erosion und Hochwasser sowie punktuell bei Steinschlag und Schneegleiten.

Holznutzung

Die wirtschaftliche Bedeutung der Holznutzung und -verarbeitung ist nach einer Baisse seit 2005 wieder angestiegen. Der Rohstoff Holz wird sowohl als erneuerbare Energiequelle als auch als Baustoff an Bedeutung gewinnen. Im Zuger Wald wachsen jährlich 10.7 m³ Holz/ha nach. Die durchschnittliche Holznutzung liegt

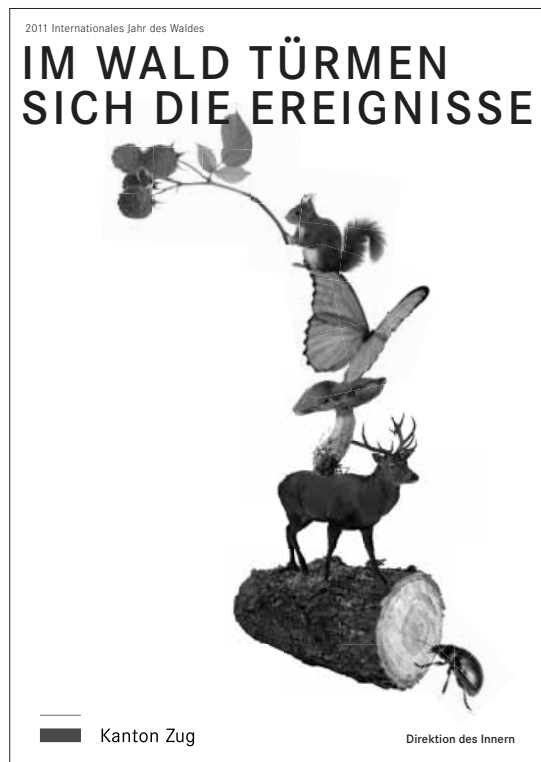
leicht unter dem Zuwachs. Die Zuger Wald- und Holzwirtschaft beschäftigt 780 Personen.

Waldschutz

Die Schweizer Wälder sind dank des Waldgesetzes besser geschützt. Es stehen aber auch bei uns Herausforderungen an, wie etwa der Wunsch nach einer Lockerung des Rodungsverbots, um neue Quartiere oder Strassen zu bauen. Denn auch im Kanton Zug verringerte sich die Waldfläche pro EinwohnerIn zwischen 1985 und 2009 von 800 auf 580 m². Dem Schutz des Waldes müssen wir deshalb weiterhin grosse Sorge tragen. Denn der Klimawandel und die erhöhte Mobilität werden die Wuchsbedingungen, die Waldbewirtschaftung und das Artenspektrum verändern. Auch eingeführte oder ausgesetzte gebietsfremde biologische "[http://de.wikipedia.org/wiki/Art_\(Biologie\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Art_(Biologie))" Arten können die Biodiversität und die Gesundheit des Menschen gefährden. Ebenso belastet die Bodenversauerung die Waldgesundheit stark.

Aktivitäten im 2011

Die Direktion des Innern hat mit ihrem Forstamt die Koordination des Jahrs des Waldes im Kanton Zug übernommen. Dabei wird sie von Korporationen, Forstpersonal, Naturschutzorganisationen, dem Patentjägerverein, der OLV Zug, der Spielgruppenvereinigung und vielen mehr unterstützt. Zusammen hat man ein spannendes, lustvolles und interessantes Jahresprogramm für jedes Alter auf die Beine gestellt. Das Jahresprogramm kann unter: "<http://www.zug.ch/behoerden/direktion-des-innern/kantonsforstamt/jahr-des-waldes>", "<http://www.zug.ch/behoerden/direktion-des-innern/kantonsforstamt/jahr-des-waldes>" angeschaut werden. Eine Auswahl an Aktivitäten findet sich im Veranstaltungskalender weiter hinten. ■



Rechte junge Männer

Jonas Feldmann, Co-Präsident Junge Alternative Zug

14

Er ist schon seit längerer Zeit ein Thema, der «Rechtsrutsch» in der Schweiz. Mittlerweile ist er nicht bloss durch zahlreiche Abstimmungs- und Wahlergebnisse bestätigt worden, sondern auch im Alltag wahrnehmbar. Besonders junge Männer scheinen sich plötzlich immer weiter nach rechts zu bewegen.

Die Stimmung in der Schweiz hat umgeschlagen: Wer nicht patriotisch ist, wer die Schweiz nicht liebt, ist kein richtiger Schweizer, keine richtige Schweizerin mehr. So will es uns auf jeden Fall der neue Wahlkampfeslogan der SVP weismachen. Aber wer die Schweiz lieben will, muss doch die Nicht-Schweiz hassen, oder? Im Ernst: Während es noch vor wenigen Jahren zum guten Ton gehörte, sich in mindestens einer Anti-Rassismus-Bewegung zu engagieren, sind heute Misstrauen und Hass gegenüber Migrantinnen und Migranten wieder an der Tagesordnung.

Jeder dritte junge Mann ist «rechts»

Es gibt eine Gruppe Menschen, bei denen sich dieser «Rechtsrutsch» so deutlich bemerkbar macht, wie sonst nirgendwo: bei den jungen Männern. Statistiken belegen: Während sich 1995 noch 16 Prozent aller jungen Männer als «rechts» bezeichnet haben, waren es 2007 schon 36 Prozent. Jeder dritte junge Mann also bezeichnet sich heute selber als «rechts». Dass diese Zahlen keineswegs übertrieben sind, weiss ich nur zu gut. Schliesslich pflege ich als achtzehnjähriger Schüler regen Kontakt zu anderen Männern meines Alters. Und es ergibt sich, dass man, sei es in der Pause, nach der Schule, im Ausgang, usw. nicht immer nur über Fussball und Eishockey spricht, sondern auch einmal über ein politisches Thema. Über bevorstehende Wahlen zum Beispiel. Dort zeigt sich dann besonders deutlich: Wer in einer Gruppe junger Männer die Anliegen einer linken Partei verteidigt oder sogar dazu rät, links zu wählen, steht schnell alleine da. Nicht dass ich mich in meinem Kol-

legenkreis je unwohl oder in meiner freien Meinungsäusserung eingeschränkt gesehen hätte, die Diskussionen spielen sich immer sehr ruhig und sachlich ab. Doch das Gefühl, nicht verstanden zu werden, kenne ich nur zu gut.



Nehmen die linken Parteien die Probleme der Männer nicht ernst?

Wer «männlich» sein will, wählt rechts

Erstaunlich und manchmal auch etwas befremdend ist die Tatsache, dass viele junge Männer die «Linken» pauschal verurteilen und Anliegen, die von der SP oder von den Grünen kommen, aus Prinzip ablehnen. Ich habe mich schon oft gefragt, woran das wohl liegen könnte. Sind die Parolen dieser beiden Parteien etwa nicht «männlich» genug? In einem Artikel im Tages-Anzeiger* stiess ich auf eine interessante Antwort auf ebendiese Frage: Die linken Parteien haben, so Hollstein, bloss ein Ohr für frauenpolitische Anliegen. Die Probleme der Männer würden sie nicht ernst nehmen. Die konservativen Parteien – allen voran die SVP – bieten jedoch ein klares Männerbild an. Wer «männlich» sein will, wählt also rechts.

Gleichheit? Jetzt erst recht!

Ich persönlich glaube nicht, dass man der aktiven Gleichstellungspolitik der linken Parteien wirklich die Schuld am «Rechtsrutsch» in der Schweiz zuschreiben kann. Im Gegenteil: Das konservative Festhalten an der Unterschiedlichkeit beider sozialer Geschlechter, die zwanghafte Rollenverteilung ist es, die uns jungen Männern vorgibt, «männlich» sein zu müssen. Wenn man(n) sich über die zahlreichen frauenpolitischen Vorstösse

aufregt, weil man(n) sich ihretwegen als Mann benachteiligt oder nicht beachtet fühlt, sollte man(n) erst recht damit beginnen, sich für die absolute Gleichheit beider Geschlechter, insbesondere in Sachen Arbeits- und Lohnpolitik, einzusetzen.

Sobald es uns nämlich gelingen würde, Frauen und Männer per Gesetz wirklich gleich zu behandeln, müsste sich keine Partei mehr speziell für ein Geschlecht einsetzen. Und vielleicht würden wir dann endlich erkennen, dass wir nicht als Frauen, Männer, Junge, Alte, Schweizer, Ausländer, usw. denken sollten, sondern als Gemeinschaft. Denn gerade die «linken» Anliegen sind es, die nicht spezifisch auf eine Interessensgruppe zugeschnitten sind, sondern der Allgemeinheit zugute kommen. ■

* Hollstein, Walter: Männer in der rechten Ecke. Tages-Anzeiger, 3.2.2011.

Out of Africa

Andreas Missbach, Erklärung von Bern | Bild actionaid

Wie ein Bierkonzern Profit nach Zug verschiebt und so Afrika um Steuern prellt: Ein Bericht der englischen Entwicklungsorganisation Action Aid entlarvt die Steuertricks von SABMiller, dem weltweit zweitgrössten Bierkonzern. Einmal mehr spielt die Steueroase Zug eine Schlüsselrolle.

SABMiller ist an der Londoner Börse kotiert, doch KonsumentInnen in Europa kennen seine Produkte unter Traditionsmarken wie Grolsch oder Peroni. Der Konzern mit einem Jahresumsatz von über drei Milliarden Franken besitzt auch in Afrika bekannte Marken wie Castle und Stone Lager. SABMiller vermeidet durch den Einsatz von Tochtergesellschaften in Steueroasen Steuerzahlungen in Afrika und Indien. Nach Schätzungen von ActionAid sind das alljährlich mehr als 30 Millionen Franken, das wäre genug, um einer Viertel Million Kindern die Schulbildung zu finanzieren.

Techniken

SABMiller benutzt drei weit verbreitete Steuervermeidungstechniken:

- **Markenrechte:** Die Rechte der afrikanischen Biermarken werden in den Niederlanden gehalten. Die SABMiller-Bierbrauereien in Afrika zahlen für die Nutzung der Markenlizenz jährlich im Schnitt etwa 6 Millionen Franken. Dies drückt ihren Gewinn und damit die fälligen Steuern. In den Niederlanden hingegen gelten für Einnahmen aus Markenrechten rekordtiefe Steuern.
- **Schulden:** Tochtergesellschaften werden mit wenig Eigenkapital ausgestattet, und sie machen dafür hohen Schulden bei anderen Tochtergesellschaften derselben Konzerngruppe. Weil Zahlungen von Schuldzinsen von der Steuer abgezogen werden können, sinken die Steuerzahlungen.
- **«Dienstleistungen»** von Tochtergesellschaften in Steueroasen: Wie viele internationale Konzerne hat SABMiller Dienstleistungstochter

in Steueroasen. Zum Beispiel eine Transportgesellschaft auf Mauritius oder eine Dienstleiterin für Marketing- und Personalberatung in Zug (siehe unten). Die Brauereien in Afrika und Indien bezahlen für die Nutzung dieser «Dienstleistungen», auch wenn diese oft fiktiv oder zumindest unnötig sind. Auch diese Kosten drücken den Gewinn und damit die fälligen Steuern.

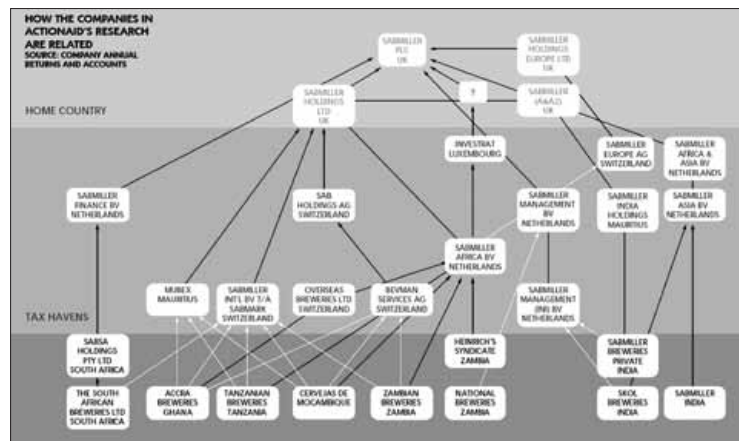
Die Rolle von Zug

In den von ActionAid untersuchten Bilanzen von SABMiller-Tochtergesellschaften in Afrika tauchen immer wieder beträchtliche Zahlungen an eine Bevman Services und andere Tochtergesellschaften in Zug auf. Durch die Nutzung der Steueroase Zug alleine entgehen afrikanischen Ländern jährlich 11'884'000 Franken an Steuereinnahmen.

Die SABMiller-Brauerei in Ghana beispielsweise hat in den letzten drei von vier Jahren keinen Gewinn gemacht. Aber sie bezahlte dem Zuger Unternehmen Bevman Services AG jeweils happige 4,6 Prozent des Umsatzes. Die

offizielle Begründung für diese Zahlungen sind «Finanzberatung», «Personalstrategie», «Unternehmensberatungsdienstleistungen», «Marketing» und «technische Dienstleistungen». Als ein Mitarbeiter von ActionAid sich am Sitz der Firma in Zug als Stellensuchender im Bereich Personal und Marketing ausgab, erhielt er zur Antwort: «Wir machen hier nichts Derartiges, wir sind nur das europäische Hauptquartier.» Auch bei der Brauerei in Accra wusste niemand etwas von Schweizer Beratern.

Die Steuerbehörden in Ghana wissen zwar, dass viele solche Managementgebühren fiktiv sind, aber sie verfügen nicht über die Mittel, um das zu beweisen. Bevor die Zahlungen das Land verlassen, erhebt Ghana bei Managementgebühren ebenso wie bei Zahlungen für Markenlizenzen eine Quellensteuer. Diese wurde allerdings bei der Neuverhandlung des Doppelbesteuerungsabkommens auf Druck der Schweiz von 15 auf 8 Prozent gesenkt. Ironischerweise unterstützt das Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ausgerechnet in Ghana ein Programm zur Effizienzsteigerung des Steuersystems. Die Steuerpraktiken von ausländischen Konzernen und die Hilfestellung von Zug sind dabei aber kein Thema. ■



Komplexe Firmenkonglomerate ermöglichen die Verschiebung von Gewinnen in die Steueroase Zug.



Weckruf der Demokratie

Philippe Koch, Redaktion BULLETIN | Abbildungen toolup.com, syndikalismus.tk

16

Die Menschen in Nordafrika wollen sich von ihren autoritären Regimen befreien. Sie streben nach Selbstbestimmung, nach Demokratie. Ein Akt der Emanzipation. Die Befreiung im Süden verwirrt, wie es scheint, das demokratische Europa. Solidarität ist – ausser von links – kaum zu hören. Vielmehr soll, ginge es nach den konservativen Kräften, die Festung Europa noch stärker ausgebaut werden.

«Wir können nicht frei sein, wir können uns aber befreien.» Mit diesen Worten hat Lukas Bärfuss vor rund vier Monaten im Tages-Anzeiger gegen die Zwangsläufigkeiten kapitalistischer Entwicklung und für eine Welt, die sein könnte, geschrieben.

Gegen die Macht des Faktischen

Als hätten die jungen und nicht mehr so jungen Menschen in Tunesien, Ägypten und Libyen den Text von Bärfuss gelesen, gingen sie auf die Strasse und haben für das (Un)mögliche gekämpft: für ökonomische und politische Teilhabe, für den demokratischen Wandel der autoritären Staaten. Und dies in Regimen, notabene, die ökonomisch fest im Sattel sassen, von den westlichen Staaten politisch und militärisch ohne Vorbehalt unterstützt wurden. Zwischen den vermeintlichen Alternativen «Freiheit» oder «Sicherheit» haben Europa und Amerika in Nordafrika über Jahrzehnte auf die Karte Sicherheit und damit auf die Diktatoren gesetzt. Die Menschen in Nordafrika kämpften und kämpfen also nicht nur gegen ihre Herrscher, sondern auch gegen die Vorurteile Europas und Amerikas. Wahrhaftig, diese Menschen führen einen Kampf für eine Welt, die sein könnte – gegen die Macht des Faktischen. Sie befreien sich, ohne dass sie bereits frei wären.

Die Macht des Möglichen

Hannah Arendt hat in ihrer Studie «Macht und Herrschaft» die positive Kraft der Macht analysiert und beschrieben. Sie versteht Macht als das gemeinsame Handeln von Men-

schen im öffentlichen, politischen Raum mit dem Ziel, die bestehenden Verhältnisse zu verändern. Die Macht zu handeln, hebt sich von der staatlich institutionalisierten Macht

könnte. Die Menschen in Nordafrika kämpfen für eine Zukunft, die noch nicht absehbar ist. Sie verlangen eine Revolution, keine Reform.

Islamische Zivilgesellschaft

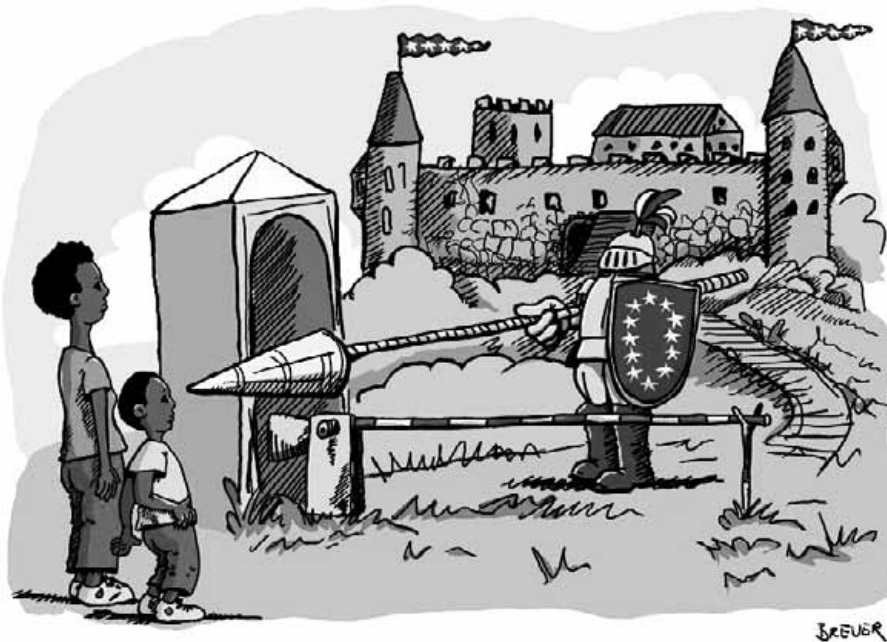
Die Menschen, die auf die Strassen gehen, wissen, was sie tun. Sie handeln koordiniert. In den meisten Fällen agieren sie gewaltlos. Es ist weder ein stürmischer Mob noch eine religiös, fundamentalistisch aufgehetzte Minderheit. Es ist die Zivil-



Arabische Jugend kämpft für Demokratie – mit Kopftuch.

ab. Dieser Aspekt ist beeindruckend an den Erhebungen in Nordafrika. Die Menschen haben sich selber ermächtigt und waren so stärker als die Gewalt des Staatsapparats. Die Macht etwas zu schaffen, war stärker als die staatliche Gewalt über die Menschen. Die so erlangte Macht des gemeinsamen Handelns ist situativ und auf die Zukunft ausgerichtet. Sie weiss noch nicht, wohin sie führt. Sie stärkt, mit den Worten von Bärfuss, den Menschen als Bürger, der immer in zwei Welten lebt: Jener die ist, und der anderen, die sein

gesellschaft, religiös im Islam und kulturell in der arabischen Tradition eingebettet, die sich erhebt. In Tunesien ging der Aufstand von arbeitslosen, gebildeten Menschen aus. Es sind UniversitätsabgängerInnen, die eine Arbeit wollen, die ihrer Ausbildung entspricht, die eine anständige Entlohnung fordern. Sie haben sich für ihre Bildung eingesetzt, sind weltgewandt, sprechen mehrere Sprachen und werden trotzdem von der ökonomischen Teilhabe ausgeschlossen. Sie verlangen die Einhaltung meritokratischer Prinzipien,



Die Festung Europa: ein Konzept des Mittelalters

die von den feudalen Strukturen der Regime über Jahre gebrochen wurden. Wie das Beispiel von Ägypten zeigt, kämpft die gebildete und wütende Jugend in den Städten gemeinsam mit den ArbeiterInnen in den Fabriken und Vorstädten. Die Bewegung 6. April, die in Kairo die Massenproteste initiiert und getragen hat, geht auf einen Streik von TextilarbeiterInnen an jenem Tag im Jahr 2008 zurück.

Die Geschehnisse in Nordafrika passen so gar nicht zu den Bildern, die die konservativen Kräfte in Europa und Amerika von der arabischen, islamischen Welt in den letzten zehn Jahren gezeichnet haben.

Verwirrtes Europa

In Nordafrika erhebt sich die Zivilgesellschaft und fordert liberale, demokratische Werte ein. Auf den Transparenten, die in den Strassen hochgehalten werden, habe ich zudem keine antiwestlichen oder religiös fundamentalistischen Parolen gelesen. Und in Europa zeigen sich die Regierungen perplex, verwirrt. Die Menschen in Ägypten halten diejenigen Prinzipien hoch (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit), für die doch eigentlich das demokratische Europa steht. Das diskursiv erzeugte Bild der religiösen Fanatiker wird auf einen Schlag durch das mutige Handeln der Menschen in Nordafrika als verzerrt und ideologisch entlarvt. Es zeigt sich plötzlich: «Der vermeintliche Feind ist wie wir», um den Politikwissenschaftler und Islam-Experten Oliver Roy zu zitieren.

Die Identität, die brüchige

Diese Entlarvung bleibt natürlich nicht ohne Folgen für den Entlarvten. Die arabische Revolution berührt die europäische Identität und verunmöglicht den Versuch eine europäische – und damit ist auch die schweizerische gemeint – Identität in Abgrenzung zur ara-

bisch-islamischen Welt zu konstruieren. Aus Mangel an einer positiven Vorstellung dessen, was wir als Gemeinschaft sein könnten, diskutieren wir über Burkas, Schleier und Parallelgesellschaften. Und direkt vor unseren Augen wird uns aufgezeigt, wie absurd diese Debatten sind, dass nicht mehr wir EuropäerInnen es sind, die für Freiheit und Demokratie zu kämpfen bereit sind. Die Schweizer Identität, die brüchige, wird hinter populistischer Propaganda und Wahlplakaten mit Schweizer Kreuz kaschiert. Doch dies ist keine Schweizer Eigenheit. In ganz Europa hat die konservative Welle dazu geführt, dass die bürgerliche politische Elite sich nur noch über Ab- und Ausgrenzung definiert.

Eine positive Identität

Dabei scheint mir die Bestimmung des Fundaments unserer Gesellschaft gar nicht so schwer zu sein. Was Cédric Wermuth als Kern der Sozialdemokratie versteht, gilt doch für den Westen als Ganzes: Die individuelle Freiheit steht im Zentrum. Diese lässt sich nur durchsetzen in einer Gesellschaft, die auf Selbstbestimmung, Demokratie und Gleichheit aufbaut. Selbstbestimmung im privaten wie auch im öffentlichen Leben. Demokratie als Verschränkung rechtsstaatlicher Prinzipien mit partizipativen politischen Verfahren. Gleichheit als Gleichheit der Chancen, aber auch der konkreten

Handlungsmöglichkeiten. Mit dieser Setzung sind wir den Menschen in Nordafrika näher als unseren MitbürgerInnen der SVP. Die bürgerlichen Parteien versuchen, die Schweiz für sich zu vereinnahmen und ihr Handeln nur noch auf die Schweiz zu beziehen. Dadurch reduzieren sie die politische Schweiz auf das Format von Swissminiatur. Als linke Partei müssen wir uns auf die progressiven, befreienden Ideen besinnen. Sie sind unser Kernanliegen, sie begründen die europäische Errungenschaft der Aufklärung, die es zu bewahren und für die es zu kämpfen gilt. Die Zeit scheint reif zu sein, mutig und selbstbewusst die Öffnung der Schweiz zu fordern und die demokratischen Prinzipien gegen alle Widrigkeiten zu verteidigen. Ich hoffe, es werden uns in Zukunft viele NordafrikanerInnen dabei unterstützen. ■

Literaturhinweise: Lukas Bärfuss, Tages-Anzeiger vom 18. November 2010, Seite 27. Oliver Roy, Neue Zürcher Zeitung vom 3. März 2011, Seite 53. Cédric Wermuth, WoZ vom 10. März 2011, Seite 3. Hannah Arendt, Macht und Herrschaft, TB Piper, 2003[1970].

Gemeinden in die Pflicht nehmen

Andy Hürlimann, Kantonsrat (Steinhausen) und Co-Präsident Alternative – die Grünen Zug | Abbildung Credit Suisse Economic Research

18

Wer in Zug zu Hause ist, der hat die Veränderungen der letzten Jahre im Kanton deutlich zu spüren bekommen. Nach einer Phase des starken Bevölkerungswachstums zeigen sich nun erste «Sättigungstendenzen». So liest man es jedenfalls in der aktuellen Studie* der Credit Suisse zum Wirtschaftsraum Zug. Die internationale Zuwanderung ist hoch. Dennoch können mittlerweile die Zuzüge aus dem Ausland die Wegzüge in andere Kantone nur noch knapp kompensieren. Denn seit 2006 weist der Kanton Zug gegenüber den Nachbarkantonen einen Migrationsverlust auf.

Die Verdrängung einer immer grösseren Bevölkerungsschicht hat einen simplen ökonomischen Grund: Ein Produkt oder in unserem Fall ein Standort hat einen Preis. Dieser widerspiegelt in den meisten Fällen die Vorzüge dieses Standorts. Eine hohe Attraktivität führt daher zu einer höheren Nachfrage. In unserem Fall einer Nachfrage nach (oftmals grosszügigem und luxuriösem) Wohnraum, was sich schliesslich in höheren Immobilien- und Bodenpreisen, aber auch in höheren Lebenskosten im Allgemeinen zeigt. Im Kanton Zug ist zudem die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen einer der «Motoren» der sozialen Verdrängung. Familien und Personen, die sich diese Umwandlungen nicht mehr leisten können (Normal- und Wenigverdienende) müssen unseren Kanton deswegen oftmals verlassen.

Durchmischung, nicht Monaco

Aufgrund dieser Entwicklungen besteht die Gefahr, dass unser Kanton nur noch für reiche Leute und für Familien aus der oberen Mittelschicht und Oberschicht eine Heimat werden oder bleiben kann. Dabei ist gerade die soziale Durchmischung eine Stärke einer Gesellschaft, einer Gemeinde und des Kantons. Es gilt, die Bevölkerung zu durchmischen und zu verhindern, dass sich Gemeinschaften aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer sozioökonomischen Stellung abkapseln. Zug soll nicht zu einem Monaco werden, haben wir Alternativen bereits vor Jahren postuliert. Andere Parteien sind auf

den Themenzug aufgesprungen. Allerdings wollen nicht alle das Problem der hohen Lebens- und Wohnkosten und der damit einhergehenden sozialen Verdrängung wirklich angehen und lösen. Denn dies würde teilweise eine starke Korrektur des eingeschlagenen politischen Kurses in Zug bedeuten.

Handlungsmöglichkeiten

Nachfolgend soll erläutert werden, welche Handlungsfelder grundsätzlich bestehen und was wir tun können:

- Möglichkeit 1: Wir erhöhen das Angebot an Bauland und zonen weiter ein. Dies würde die Bodenpreise unter Druck setzen, und gemäss Theorie würde das Bauland erschwinglicher. So könnten auch Wohnbaugenossenschaften sich wieder vermehrt als Käufer von Land ins Spiel bringen. Heute können sie dies oft nicht mehr, weil die Preise schlicht zu hoch sind. Denn Wohnbaugenossenschaften spekulieren nicht auf eine möglichst hohe Rendite, wie dies Pensionskassen oder Immobilienverwalter tun. Allerdings würden wir uns durch diese Option auch den letzten grünen Flecken Erde noch zubetonieren. Ob dies eine langfristige gute Idee ist?
- Möglichkeit 2: Wir setzen den Hebel an einer Zuger «Spezialität» an: der Tiefststeuerpolitik. Es ist belegt, dass sich in steuergünstigen Regionen die Immobilienpreise aufgrund des zunehmenden Sied-

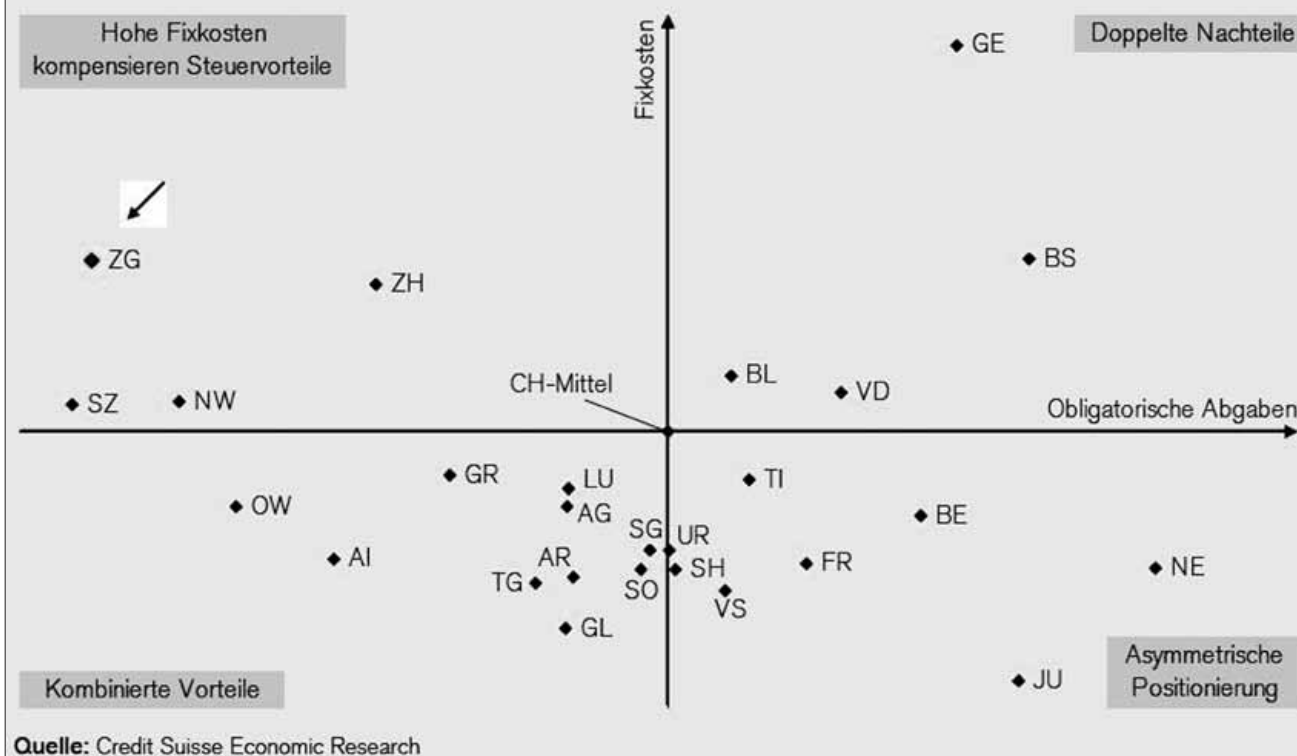
lungsdrucks überdurchschnittlich stark erhöht haben. Der Kanton Zug positioniert sich national und international als Standort mit Tiefststeuern. Ein Vergleich der Steuerbelastungen vernachlässigt jedoch entscheidendes: Denn die hohen Immobilienpreise machen in steuergünstigen Regionen grosse Teile der Steuerersparnis gleich wieder zunichte. Am Beispiel des Kantons Zug muss dieses Argument besonders stark gewichtet werden (siehe Abbildung). Allerdings kann im gegenwärtigen Zuger Politumfeld nicht mit einer Kurskorrektur hin zu einer vernünftigen Steuerpolitik gerechnet werden. Wir werden uns aber auch in Zukunft gegen die rechtsbürgerliche Politik wehren mit Anträgen im Kantonsrat oder notfalls auch mit Referenden. Zug ist Spitzenreiter in der Steuerpolitik. Und wenn man sich die damit einhergehenden negativen Auswirkungen der sozialen Verdrängung verdeutlicht, kann man gar nicht anders, als sich gegen die nächsten Steuersenkungsvorlagen zu wehren.

- Möglichkeit 3: Der Kanton greift in die Wohnbaupolitik ein. Mit dem 2010 in Kraft gesetzten Gesetz haben die Einwohnergemeinden einen neuen politischen Auftrag erhalten, indem sie oder die gemeinnützigen Bauträger Land zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus erwerben, während der Kanton die Finanzierung durch Gewährung von zinslosen oder zinsvergünstigten Darlehen unterstützt. Die Einwohnergemeinden begrüsst in ihren Vernehmlassungsantworten dieses Grundmodell. Die Schaltstelle für den preisgünstigen Wohnungsbau sind also neu die Gemeinden. Der Kanton tritt mehr oder weniger nur noch in der Rolle als Finanzierer und Berater auf. Was uns zur vierten Handlungsmöglichkeit führt.

Bedeutung der Ausgabenkomponenten in den Schweizer Kantonen 2008

Obligatorische Abgaben: Einkommens- und Vermögenssteuern, Sozialabgaben, obligatorische Krankenversicherung

Fixkosten: Wohnkosten, Nebenkosten, Gebühren für Wasser, Abwasser und Abfall; standardisierte Werte, CH = 0



Zug: Tiefe Steuern, hohen Fixkosten

- Möglichkeit 4: Die Gemeinden engagieren sich aktiv für mehr preisgünstigen Wohnungsbau. Die Einwohnergemeinden haben mit ihren örtlichen Kenntnissen die Möglichkeit, geeignete Baugrundstücke zu erkennen und zu erwerben, vor allem zwecks Weitergabe im Baurecht an gemeinnützige Bauträger. Die Einwohnergemeinden sollen und müssen unter den aktuellen gesetzlichen Vorgaben Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen fördern. Dies können sie durch Erwerb von Land und Liegenschaft und Abgabe im Baurecht an gemeinnützige Bauträger oder durch die Realisierung eigener Bauvorhaben tun. Den Einwohnergemeinden steht es zudem frei, die gemeinnützigen Wohnbauträger zusätzlich finanziell zu unterstützen. Oder sie errichten wie die Stadt Zug spezielle Zonen für den preisgünstigen Wohnungsbau.

Doch nicht alle sind gleich aktiv und nehmen den politischen Auftrag gerne entgegen, obwohl sie sich während der Kommissionsarbeit zum neuen Gesetz grundsätzlich positiv geäußert haben. Hier ist es Aufgabe der Alternativen und Grünen, in den Gemeinden darauf aufmerksam zu machen, dass aktiv etwas gegen das Problem gemacht werden muss. Dies können wir mit Vorstößen in den einzelnen Gemeinden am besten erreichen.

Grosse Schritte nötig

Diese Liste der Möglichkeiten ist sicherlich nicht abschliessend. Angesichts dieser Zuger Problematik haben aber teilweise selbst rechtsbürgerliche Hardliner eingesehen, dass es nicht im selben Mass weitergehen kann wie bis anhin. Zug entlastet jedoch mit seiner Steuerpolitik Gutverdienende und grosse internationale Konzerne

jährlich mit grossen Millionenbeträgen. Auch vor diesem Hintergrund haben die Alternativen – die Grünen ein stärkeres (finanzielles) Engagement des Kantons im preisgünstigen Wohnungsbau gefordert. «Damit Zug Zug bleibt und nicht zu einem Monaco wird», reichen kleine Schritttchen nicht mehr aus. Es braucht etwas Grosses und Griffiges. Dieses Griffige müssen wir jetzt auf kommunaler Ebene einfordern. Hier sind auch unsere Ortsgruppierungen gefordert. Wir bleiben am Ball. Für einen lebenswerten Kanton und eine vielfältige Gesellschaft brauchen wir eine Politik, die das Wohl aller ins Zentrum stellt. Es lohnt sich, sich dafür einzusetzen. ■

*Credit Suisse Economic Research. Der Wirtschaftsraum Zug: Struktur und Perspektiven. März 2011.

Schlechte Noten

Esther Haas, Kantonsrätin Alternative – die Grünen Zug

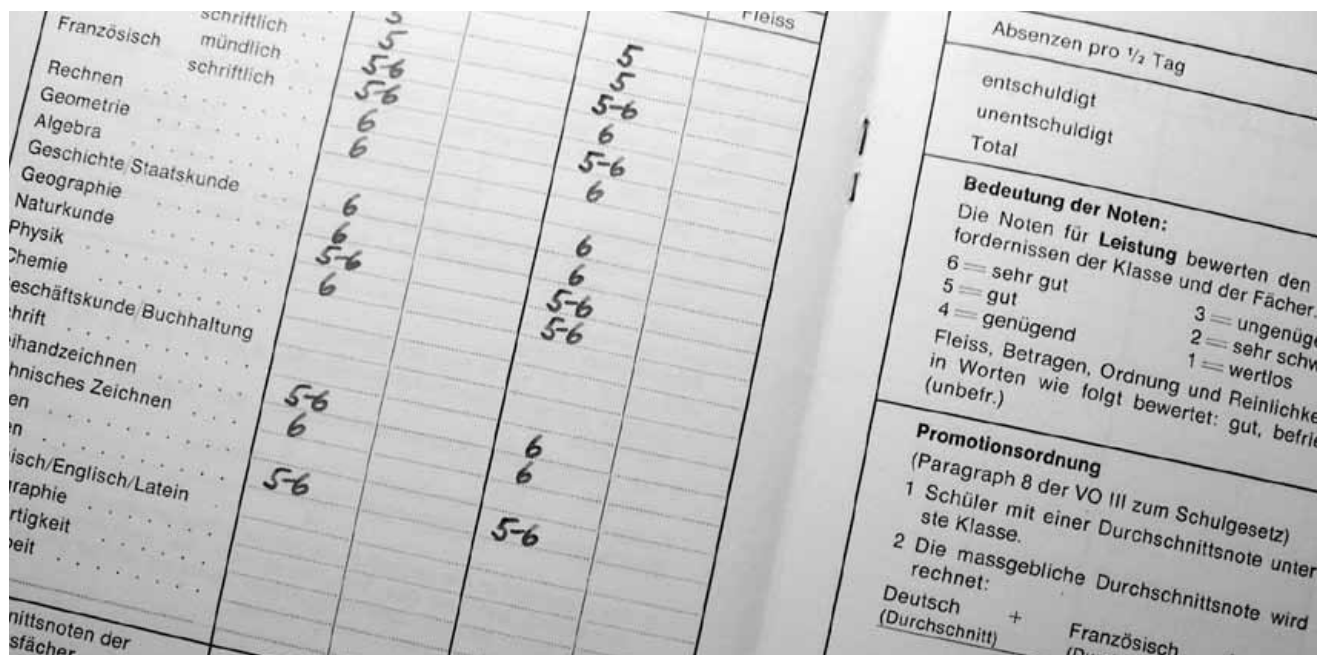
20

Wohin auch immer sich die Diskussion über die Wiedereinführung von Noten in der Primarschule bewegen wird, eine von den Befürwortern angestrebte Verbesserung der schulischen Leistungen wird sie nicht bringen.

Das Notensystem als Kriterium der «Guten Schule» ist der falsche Ansatz. Die Frage nach den Schulhalten würde da schon mehr hergeben. Dieses Fazit lässt sich ziehen nach verschiedenen Gesprächen mit Lehrpersonen sowohl aus der Primar- als auch aus der Oberstufe. Eine zweite

Stehlin, Lehrer an der Oberstufe Cham, ausdrückt: «Die Noten teilen Schüler in Gewinner und Verlierer ein, was sich besonders in den untersten Klassen negativ auswirkt, da so die natürliche Lernbegierde abgewürgt wird. Die «Gewinner» machen häufig gute Erfahrungen mit den No-

herrschen dieses Grundwissens, vor allem in den Sprachen und in der Mathematik, muss die Schule wieder vermehrt Beachtung schenken. Leider bleibt für das Vertiefen oft zu wenig Zeit, der Stoffdruck ist gross», meint Sibylle Nussbaumer, Lehrerin an der Oberstufe Cham. «Die Erarbeitung eines Basisrucksacks ist wichtig.» Entscheidend ist, was die Lehrperson aus diesem Basisrucksack macht: Wenn ein Schüler ein Genie im Kopfrechnen ist, bringt ihm dies



Ein Zeugnis aus vergangenen Tagen. Schulerfolg hängt von mehr als von Noten ab.

wichtige Erkenntnis nimmt das politische Umfeld ins Visier: Schuldiskussionen lassen sich nicht doktrinär populistisch führen, sondern bedingen ein hohes Mass an Differenzierung.

Noten machen «Gewinner und Verlierer»

«Schule» löst bei den Menschen unterschiedlichste Reflexe aus, deren Qualität und Intensität meistens aus der eigenen Schulzeit herrühren. Bestimmend für die Art der Reflexe sind – die Noten. Oder, wie es Alvaro

ten. Anders sieht es hingegen mit den «Verlierern» aus. Sie spüren, welche Konsequenzen Noten haben. Wenn dauernd der Hammer droht, demotiviert dies die Schüler.» Patrick Kolb, Lehrer an der Mittelstufe II Cham, ergänzt hierzu: «Kinder mit angepassten Lernzielen (und damit einhergehender Notenbefreiung für bestimmte Fächer) können sich auf das Kerngeschäft, nämlich auf die Erarbeitung des Grundwissens konzentrieren.»

Das Basiswissen kann durchaus über Noten bewertet werden. «Dem Be-

später noch nicht viel, ausser er kann es einsetzen zum Abschätzen einer Grössenordnung. Den Rest erledigt der Taschenrechner. Zudem ist viel Wissen durch die Verbreitung des Internets gar nicht mehr gefragt. So lassen sich Fragen aus der so genannten Briefträgergeografie in Sekundenschnelle lückenlos im Internet beantworten. Die Didaktik hat sich dieser veränderten Situation angepasst: Heutzutage ist das Problemlöseverhalten, gepaart mit der Fähigkeit zu vernetztem Denken, von zentraler Bedeutung.

Noten differenzieren zu wenig

«Disziplin, Fleiss und Leistung bilden das Fundament jeder erfolgreichen Ausbildung.» Diese Aussage aus dem Thesenpapier der SVP des Kantons Zug zur Noteninitiative ist richtig. Sie ist aber nicht zu Ende gedacht, weil eine komplette Bildung mehr als ausschliessliches Fachwissen voraussetzt. Zufällig ausgewählte Stelleninsetrate verlangen, neben der Fachkompetenz, zwingend «selbstständige, ausdauernde und zuverlässige Arbeitsweise» sowie «kunden- und teamorientierte Umgangsformen». Selbstdisziplin und Teamfähigkeit sind Teil der so genannten «soft skills», deren Erlernbarkeit höchst anspruchsvoll ist. Die Schule kann ihr Heil nicht mehr ausschliesslich in der Beherrschung von Fachwissen suchen. Methodenkompetenz (wie löse ich mein Problem?), Selbstkompetenz (ich übernehme Verantwortung für mein Lernen) und Sozialkompetenz (wie beziehe ich meine Mitschüler in die Problemlösung mit ein?) werden zu einem wichtigen Teil einer effizienten Wissensvermittlung. Logischerweise bedürfen die drei letztgenannten Kompetenzen ebenso einer Beurteilung wie die Fachkompetenz. Noten vermögen hier aber nicht zu genügen. Oder mit den Worten des Kinderarztes Remo Largo: «Weil Sozialkompetenz mit Noten sowieso nicht fassbar ist.»

Keine Frühselektion durch Noten

Noten haben selektiven Charakter. Da stellt sich die Frage, ab wann denn diese Art von Selektion Sinn macht. «In der Berufslehre ist es selbstverständlich, dass die Lernenden am Anfang Fehler machen dürfen, man verzichtet am Arbeitsplatz auf ein Bonusssystem. Warum soll dies in der Schule nicht auch so gehandhabt werden?», fragt Patrick Kolb. Zudem können Kinder in den unteren Primarklassen mit Noten kaum etwas anfangen. Eine Kurzumfrage in der

vierten Klasse von Katja Zuniga, Lehrerin an der Mittelstufe I Cham, ergab, dass sich nur ein Kind Noten wünscht. «Wenn jüngere Primarschüler die Noten trotzdem wollen, ist das oft deshalb, weil die älteren Geschwister bereits Noten haben», meint Patrick Kolb. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Aussage von Remo Largo: «Das Notensystem zwingt Kinder und Jugendliche, Stoff auswendig zu lernen. Das sitzt so tief, dass wir inzwischen glauben, Kinder würden gar nichts mehr lernen, wenn wir Noten abschaffen würden. Aber so ist es nicht. Kinder lernen in den ersten fünf Lebensjahren unglaublich viel – aus sich selbst heraus, ohne von Noten motiviert zu sein.»

Eltern wollen Noten

So ist es nicht verwunderlich, dass sich auf der Oberstufe ein ziemlich verändertes Bild zeigt. Besonders auf der Sekundarstufe geben sich die Kinder «penetrant notengeil» (Alvaro Stehlin). «Sie, gibts Noten?», ist eine im Schulzimmer immer wieder gestellte Frage. Bei einer Verneinung nimmt die Leistungsbereitschaft merklich ab. Je älter die Kinder werden, desto mehr verhalten diese sich notenfixiert.

Dass sich Kinder in einem gesunden Mass untereinander messen sollen, wird von keiner der befragten Lehrpersonen in Frage gestellt. Es ist aber offensichtlich, dass der Wettbewerbsgedanke auf der Mittelstufe II von vielen Eltern regelrecht angeheizt wird. «Die Selektion wird als ein Kampf um Leben und Tod wahrgenommen» (Patrick Kolb). Da wo die Erwartungen der Eltern nicht erfüllt werden, kommen Kinder unter grossem Druck. Die Sicherheit und Klarheit, welche die Noten nach der Absicht der SVP-Noteninitiative geben sollten, bricht in diesen Fällen dramatisch weg.

Für die Wirtschaft unbedeutend

Auch bei Lehrstellenbesetzungen

schaffen Noten offenbar nicht die erhoffte Klarheit. Für viele Ausbildungsbetriebe ist der Basic-check, eine Abklärung des Schulwissens des 8./9. Schuljahres, eine Grundvoraussetzung für die Lehrlingsselektion. Falls Noten tatsächlich «transparent und Ausdruck von Leistungskultur sind» sowie «auf das Leben vorbereiten» (Thesenpapier der SVP), ist es mehr als unverständlich, dass die Schulnoten keine ausreichende Referenz für Lehrstellenbesetzungen sind. Auch die Lehrbetriebe suchen nach differenzierteren, aussagekräftigeren Selektionskriterien.

Das Lehrer-Schüler-Verhältnis ist wichtig

Wenn die Noten weder für die Leistungen der Schüler noch für die Qualität des Unterrichts wesentliche Verbesserungen bringen, muss die Frage gestellt werden, wem diese Diskussion letztlich nützt. Der Schule bestimmt nicht. Denn sollten die Noten ab der 1. Primarklasse wieder eingeführt werden, dann wird das bewährte System «Beurteilen und Fördern» auch abgeschafft.

Noten, richtig eingesetzt, können durchaus Sinn machen. Sie mögen in einigen Fällen zu kurzfristigen Motivationsschüben und damit besseren Leistungen führen. Ein nachhaltiger Schulerfolg hängt aber von viel wichtigeren Faktoren ab. Die Beziehung der Lehrperson zu den Kindern ist beispielsweise zentral. Laut Umfragen stören sich 12- bis 16-Jährige daran, wenn Lehrpersonen bloss das Fachliche vermitteln, jedoch als Person nicht greifbar sind. Schüler beklagen nicht etwa Disziplinlosigkeiten im Unterricht, sondern die fehlende Beziehung zu den Lehrpersonen. Wenn das Klima im Klassenzimmer und die Chemie zwischen den Akteuren stimmen, lassen sich Kinder maximal fordern und fördern. ■

Utopie oder Notwendigkeit?

Von Susanne Giger und Michel Mortier | Bild Internet

22

In den letzten Jahren ist das Thema Grundeinkommen immer wieder an Veranstaltungen und in Medienberichten aufgetaucht. Wie ein bedingungsloses Grundeinkommen die Arbeitswelt und die Gesellschaft verändern wird, ist offen. In diesem Beitrag wird die Diskussion aufgegriffen und dargestellt.

Am 1. Dezember letzten Jahres wurden am Zürcher Flughafen drei «Blechpolizisten», also Polizeiroboter, an den Kontrollschleusen aufgestellt. Zwei Personen können jetzt bis zu acht derartige Schleusen überwachen. Die Personalersparnis ist entsprechend.

Weniger Arbeit, mehr Armut

Mit fortschreitender Technik werden weiterhin Arbeitsplätze verschwinden, denn Gehälter sind Kosten, deren Reduzierung Arbeitgeber stets anstreben. Die bisherige Vision einer Vollbeschäftigung ist somit eine Illusion, die sich bei jedem konjunkturellen Abschwung in einen Alptraum der Arbeitslosigkeit verwandeln kann.

Schon heute leben in unserem Land fast eine Million Menschen an der Armutsgrenze. Das Sozialversicherungssystem ist kompliziert, der finanzielle, administrative und politische Druck auf die Sozialwerke wächst, und eine würdelose Diskussion über den Missbrauch der Sozialversicherungen findet statt.

Während sich die Schere zwischen Arm und Reich ständig erweitert, führen die zunehmend prekären Arbeitsverhältnisse zu psychischen Erkrankungen und einer weiteren Belastung der IV. Der allgemeine Stress bietet populistischen Politikern Auftrieb, denn er führt zu mehr Radikalität, Wut und Hass in der Bevölkerung. Eine soziale Krise zeichnet sich ab, in der Professor Peter Ulrich, Wirtschaftsethiker an der Uni St.Gallen, die Gefahr eines Rückfalls in eine vormoderne, neo-feudale Gesellschaft sieht und damit zu unkontrollierbaren Reaktionen führen kann.

Eine Idee, deren Zeit gekommen ist

Die oben genannten Probleme lassen sich durch ein existenzsicherndes, bedingungsloses Grundeinkommen, grösstenteils lösen. Damit ist ein Einkommen gemeint, das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder individuell, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung ausgezahlt wird. Als Auftakt zu einer entsprechenden Initiative fand am 19. März in Zürich eine Tagung unter dem Namen «Die neue Schweiz – ein Kulturimpuls» statt.

Es mag vorerst befremden, ein derartiges Konzept einem Land mit einer hohen Arbeitsdisziplin wie jene der Schweiz vorzuschlagen. Doch wie der Sozialwissenschaftler Eric Patry darlegt*, lässt sich dieses Konzept an der in der Schweiz tief verankerten republikanischen Bürgertradition anknüpfen. Vor diesem Hintergrund ist es keine weltfremde oder linke Vision, sondern eine Weiterführung bisheriger Einrichtungen, wie zum Beispiel die alteidgenössische Förderung des Gemeinen Nutzens durch das All Allmendwesen oder, um ein moderneres Beispiel zu nennen, die AHV. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre eine «AHV an alle», wie es Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber formuliert hat.

Merkmale des BGE

Die wesentlichen Merkmale eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Es ermöglicht die Befreiung einer Bevölkerungsmehrheit vom bisherigen Zwang, sich um fast jeden Preis auf dem Arbeitsmarkt «verkaufen» zu müssen; indirekt

löst es damit das Problem der Arbeitslosigkeit.

- Es löst das Armutproblem, besonders von alleinstehenden Eltern bzw. kinderreichen Familien, indem es allen Bürgern eine angemessene existentielle Sicherheit bietet.
- Es erspart allen Bürgern die Angst vor einem Abstieg und damit vor der entwürdigenden Stigmatisierung als «Sozialfall»; jener Teil der Sozialstaatsbürokratie, die im Einzelfall die «Bedürftigkeit» zu ermassen hat, wäre überflüssig und der Begriff «Sozialschmarotzer» gegenstandslos.
- Die psychische Fixierung auf den täglichen «Kampf ums Brot» entfällt und kann damit einen tiefgreifenden Kulturimpuls auslösen.
- Die Verteilung der Mittel stabilisiert den Inlandkonsum und macht die Wirtschaft unabhängiger vom Export und damit weniger abhängig von der Globalisierung.

Gegenstimmen

Die bisherige Kritik an diesem Konzept lässt sich in zwei Fragenkomplexe zusammenfassen: die Frage nach der Finanzierbarkeit und nach der Arbeitsmotivation.

- (a) Die Finanzierbarkeit ist in einer im Oktober 2010 erschienenen Studie ausführlich behandelt und mit offiziellen Zahlen belegt.** Sie zeigt verschiedene praktikable Modelle, die auf einem Grundeinkommen von Fr. 2200-2500 pro Person basieren, wobei Jugendlichen die Hälfte davon zur Verfügung stünde. Die Studie zeigt ebenso deutlich, dass sich das bedingungslose Grundeinkommen bereits heute flächendeckend und vor allem ohne eine bedeutende Zunahme an Steuern einführen liesse.
- (b) Die Frage nach der Arbeitsmoti-



Vieles hängt mit dem Thema Grundeinkommen zusammen.

vation ist vorwiegend emotionaler Natur. Die häufigsten Einwände sind zum Beispiel «Wer soll die Drecksarbeit machen?» oder «Warum soll ich krampfen, während andere sich ein schönes Leben gönnen?» oder «Wer wird dann überhaupt noch arbeiten?».

Bei diesen Fragen gehen die Kritiker von der Annahme aus, dass alle anderen (nicht man selbst!) sofort die Arbeit niederlegen würden, wenn sie Fr. 2500 monatlich erhielten. Da das Grundeinkommen jedoch ein bescheidener Betrag ist, dürfte es höchst fragwürdig sein, ob die meisten Erwerbstätigen plötzlich so genügsam würden, dass sie auf die meisten Extras des Lebens verzichteten (Urlaub, Auto, bessere Wohnung usw.). Dieser Einwand ist eher ein Ausdruck des Misstrauens gegen die Mitmenschen, das von der gegenwärtigen Unsicherheit geschürt wird. Selbstverständlich könnten sich mehrere Personen zusammenschließen, um derartige Kosten gemeinsam zu tragen, doch auch wenn eine derartige Nächstenliebe einträte, würde der soziale Zusammenhalt, die Bereitschaft zu teilen und die neugefundene Freiheit positive Kräfte freisetzen, die der gesamten Gesellschaft zugutekämen.

Die Antwort

Angst vor Änderungen hat noch nie Fortschritt erzielt. Eine stufenweise

Einführung des Grundeinkommens (in der Einführungsphase eventuell mit Bedingungen verknüpft) wäre ein gangbarer Weg, um derartige Ängste abzubauen. Als Beispiel sei die AHV zu nennen, gegen die seinerzeit auch grosse Bedenken geäussert wurden, doch heute können wir uns ein Alter ohne diese soziale Massnahme nicht vorstellen.

Bei allem Für und Wider sollten wir aber eines nie vergessen: In einer Demokratie, die den Namen verdient, sind die Bürger erst dann wirklich frei, wenn das individuelle Recht auf Existenz gemäss Artikel 25.1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in der Verfassung steht: «Alle Menschen haben Anrecht auf einen angemessenen Lebensstandard.» ■

Literatur:

*Eric Patry, «Das bedingungslose Grundeinkommen in der Schweiz: Eine republikanische Perspektive»; St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik, Bd. 45; Haupt Verlag, 2010.

**BIEN-Schweiz (Hrsg.), «Die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens», Seismo Verlag, 2010.

Siehe auch www.bien-ch.ch und www.initiative-grundeinkommen.ch

Die genannten Bücher (und andere) sind in der Buchhandlung, zur Schmidgasse, Zug erhältlich

1. Mai 2011

Die 1.-Mai-Feier 2011 fällt dieses Jahr auf einen Sonntag und findet zwischen 13.30 und ca. 18 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz in Zug statt. Die Hauptrednerin ist Christine Goll (SP). Das nationale Motto ist «Mindestlöhne jetzt».

Neben einigen weiteren RednerInnen gibt es Musik vom Trio Patricia Dräger und Sergej Simbirev, Akkordeon, plus Manuel Hebeisen, Sopransaxophon und Gesang.

Für die intellektuelle und kulinarische Weiterbildung sind wie üblich Info- und Essstände aus verschiedenen Ländern geplant. Ferner gibt es Kaffee und Kuchen, Zeit zum Diskutieren und einen Tisch zum Malen für die Kinder.

Bei schlechtem Wetter ist für ein Dach über dem Kopf gesorgt.

Redaktion



24

Die städtische FDP war schnell mit ihrem Leserbrief: Einen Tag nach dem «Kraftakt» von Bildungschefin Vroni Straub-Müller ist der Schuldige für die Misere schon gefunden: «Endlich haben auch **die linken Stadträte** eingesehen, dass diese Situation nicht mehr tragbar war.» Hallo, wie war das? Wer war bis Ende 2010 Vorsteher des städtischen Schuldepartementes? In welcher Partei ist Ivo Romer? Wer hatte die Mehrheit im Stadtrat bis Ende 2010? Und wer hat sie seit Anfang 2011? Wie lange hat die neue – linke! – Bildungschefin gebraucht, um das Problem endlich zu lösen?

Aber auch alt Stadtrat **Ulreich Straub** wäffelte einen Tag später per Leserbrief, genau das habe er ja auch gewollt und vom damaligen Stadtrat nicht bekommen. Und deshalb sei er dann halt zurückgetreten. Die andere Hälfte der Wahrheit verschweigt Straub: Weil er offenbar auch ein Teil des Problems war, fiel es dem Gesamtstadtrat damals schwer, den Rektor zu schassen.

Eine Rolle gespielt hat wohl auch, dass Jürg Kraft Teil einer **CVP-Seilschaft** war. Die CVP war bisher auffällig ruhig in dieser Sache...

Das wäre die FDP vielleicht besser auch gewesen, denn irgendwann

kommt eventuell jemand auf die Idee zu **fragen**, was denn Ivo Romer als Bildungschef auf Zeit (es war ziemlich klar, dass er in die Finanzen wechseln wird Anfang 2011) in Sachen Kraft unternommen hat? Eine SVP-Interpellation zum Thema ist noch hängig. Wir sind gespannt.

Zusammenfassung die Erste: Auf die Fehlgeburt im 2009 folgte weniger als zwei Jahre später die erfolgreiche Zangengeburt. Kein Wunder, klappte es diesmal, denn Vroni Straub-Müller ist nicht nur eine Linke, sondern von Beruf schliesslich **Hebamme**.

Zusammenfassung die Zweite: das **Dogma** der Zuger FDP spielt auch hier: Schuld sind immer die Linken.

Schuld sind auch die Linken, dass der Zuger Kantonsrat vielleicht doch noch eine Abstimmungsanlage bekommt. Eine erster Anlauf von alternativer Seite scheiterte 2003 relativ knapp. Nun freute sich der Alternative Martin Stuber über den Vorstoss der SVP und unterstützte die Überweisung der SVP-Motion mit einem fulminanten Votum. Die CVP und eine Mehrheit der FDP wollten keine zusätzliche Transparenz, vergeblich. Die Kosten für die Anlage dürften sich im Rahmen halten, denn immerhin führte Stubers

Vorstoss von 2003 dazu, dass die **Leerrohre** für die Verkabelung bei der Renovation des KR-Saales schon eingezogen worden sind.

«Randregionen-Nostalgiker, Alpen-Opec, Höhenzuschlags- und Steilgelandefetischisten werden es hoffentlich weniger leicht haben bei ihrem steten Bemühen in den Wandelhallen Bundesberns, das von den dynamischen Wirtschaftsregionen erarbeitete Steuergeld gleichmässig peripher umzuleiten.» Der nationale CVP-Wahlkampfleiter Gerhard Pfister wollte in der CVP-Hauspostille «Die Politik» mit seinen flotten, durch und durch neoliberalen Sprüchen eigentlich die neue UVEK-Chefin Doris Leuthard loben,

landete damit aber bei der geographisch eher peripher gelegenen CVP-Stammbasis frontal im Fettnapf. Pfisters Kolumne heisst übrigens «**Missing Link**». Nomen est omen.

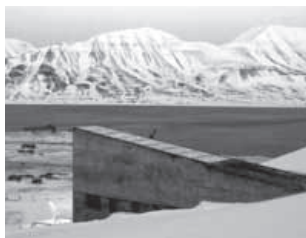
Zitat des Monats: «Wenn ein arabischer Herrscher hustet und der Benzinpreis um 40 Rappen steigt, merkt das niemand. Wenn der Bundesrat das Benzin um 28 Rappen verteuern will, heulen alle auf.» Nein, **kein Grüner**, sondern der Glarner SVP-Ständerat This Jenny, der auch gleich noch einen drauflegt, weil er weiss, weshalb die SVP den Mineralölzuschlag bekämpft: «Es ist populär, gegen höhere Benzinpreise zu kämpfen.»



In keinem Land ist die Schere bei Einkommen und Vermögen absolut so auseinandergegangen wie in den USA Und die Reichen können nicht genug bekommen – eben hat die republikanische Mehrheit im Kongress Obama eine erneute massive Steuersenkung für das reichste Prozent abgetrotzt. Der vielleicht beste US-Cartoonist David Horsey bringt es auf den Punkt.

**SEED WARRIORS,**

Montag, 11. April 2011,
20.00 Uhr
Weltweit werden die Temperaturen bis 2050 um mindestens 2 Grad steigen. Laut Experten wird die Nahrungsmittelproduktion dadurch mancherorts um bis zu 30% abnehmen. Umkehrt wird sich der globale Nahrungsbedarf bis 2050 verdoppeln. Wie also soll die Weltbevölkerung in Zukunft ernährt werden? Und: Kann der internationale Saatgut-Tresor in Norwegens ewigem Eis die globale Biodiversität sichern oder ist dieses Projekt nur eine Utopie der Wissenschaft? Diesen Fragen gehen Mirjam von Arx und Katharina von Flotow in Spitzbergen und Kenia nach.
Vorstellung in Anwesenheit von Béla Bartha, Geschäftsführer Pro Specie Rara.

**GV FLIZ,**

Dienstag, 12. April 2011,
19.30 Uhr
im Burgbachkeller in Zug mit **NOAH** von Pauline Julier, einer poetischen Videoinstallation, die am Rande der Dreharbeiten von SEED WARRIORS entstanden ist. Die Regisseurin wird bei der GV anwesend sein.

DAVID WANTS TO FLY,

Montag, 9. Mai 2011,
20.00 Uhr
Eigentlich wollte der Filmstudent David Sieveking einen Film über den Regie-Guru David Lynch drehen ..., stattdessen fand er sich plötzlich auf den Spuren des verstorbenen Maharishi Mahesh Yogi und von dessen Umfeld wieder, in dem auch David Lynch eine gewichtige Rolle spielt. In der Folge dürfen wir erleben, wie ein paar einfache Fragen und Beobachtungen die Idole gleich reihenweise demaskieren – als schmierige Seelenverkäufer. Ein feiner Spass!
Vorstellung in Anwesenheit des Regisseurs David Sieveking.

Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug

**Barbara Beck-Iselin,
Co-Präsidentin Alternative
– die Grünen Zug**

Was heisst alternative, grüne Politik? Was sind unsere Schwerpunkte und unsere Positionen? Wo gibt es Differenzen und wie gehen wir damit um? **Der kantonale Vorstand** hat sich im Januar einen ganzen Tag mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Wir wüssten, was alles angepackt werden muss, wo es Verbesserungen braucht und Kursänderungen. Zu tun gibt es sehr viel. Unsere Tage haben alle nur 24 Stunden, und neben Politik gibt es Beruf, Familie, Weiterbildung. Wir müssen also auch in Zukunft Prioritäten setzen. Extrem sind wir auf die Mitarbeit unserer Mitglieder angewiesen, dass sie mitdenken, mitarbeiten, Unterschriften sammeln usw. und ihr Wissen einbringen. Ein grosser Wunsch des Präsidiums und Vorstands ist die breite Abstützung unserer Parteimeinung. Damit alle Interessierten zusammen mit den MandatsträgerInnen – die ja unsere Ideen, Anliegen und Vorstellungen im Rat oder in der Kommission einbringen – diskutieren können, werden immer wieder **Themenabende** stattfinden.

Am 2. März diskutierte die Partei über Volksschulbildung. Ein spannender Abend, der weiterführende Vorstösse auslösen

muss. Davon wird im nächsten BULLETIN zu lesen sein. Die Alternativen werden sich voll und ganz für die Innovationsschule einsetzen. Diese enthält viele unserer Visionen und Vorstellungen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Schule und ausserschulische Betreuung aus «einem Guss sind» und dass es mehr Tagesschulen gibt. Auch die Bildung muss grün sein, das werden wir vermehrt fordern. Das Thema werden wir niemals den Rechten überlassen. Und keine Rückschritte zulassen!



26

Büchermail

Liebe Leute, Leonardo Padura ist vielen als Autor des Havanna-Quartetts bekannt. Obwohl ich vor über 20 Jahren einmal in Kuba war (meine weiteste Reise bis anhin), habe ich seine Krimis bis heute noch nicht gelesen! Nun habe ich seinen neuesten Roman «Der Mann, der Hunde liebte» in die Hände bekommen und kann kaum mehr davon lassen. Das Buch hat 730 Seiten, und darüber bin ich sehr froh. Man könnte es als eine «weite Reise» bezeichnen. Wir begleiten Leo Trotzki in die sibirische Verbannung und nachher ins Exil auf die türkische Prinzeninsel und weiter über Frankreich und Norwegen nach Mexiko. Gleichzeitig wird in Barcelona inmitten des spanischen Bürgerkriegs ein junger Kommunist von stalinistischen Spähern für ihre Zwecke, nämlich Leo Trotzki zu ermorden, angeworben. Für einmal wird auf dem Umschlag dieses Buches nicht übertrieben, wenn da steht: «Wer diesen mitreissenden, faszinierenden und ernüchternden Roman gelesen hat, versteht das 20. Jahrhundert besser.» Während der Lektüre kommt man unweigerlich zum Schluss, dass die Weltgeschichte wohl einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn es den linken Kräften gelungen wäre, zusammen

und nicht gegeneinander zu arbeiten!

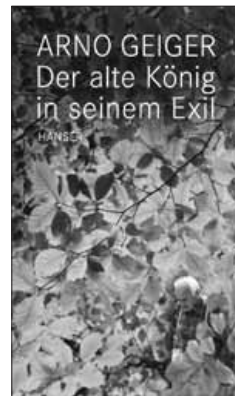
Leonardo Padura, Der Mann, der Hunde liebte
- Unionsverlag



Die erste Neuerscheinung dieses Frühlings, die ich gelesen habe, ist das wunderbare Buch von Arno Geiger über seinen Vater! Unterdessen hat es viele grossartige Besprechungen erhalten und wurde kürzlich in der Sonntagspresse im Zusammenhang mit den Nominierungen für den Leipziger Buchpreis mit «Arno Geigers Alzheimerroman» bezeichnet. Das hat mich gestört, weil es so tönt, als wäre da einfach so ein weiterer «Alzheimerroman» auf den Markt gekommen. Das Thema «Alzheimer» interessiert und beschäftigt mich sehr, und trotzdem spielt es in diesem kleinen, feinen Roman eigentlich keine Rolle, um welche Form von Demenz es geht. Es ist für mich die Geschichte von grosser Zuneigung unter Familienmitglie-

dern und wie man damit umgeht, wenn ein Mitglied allmählich aus der Rolle fällt, an die man sich so schön gewöhnt hatte! Auch hier geht es um den Zusammenhalt in einer sehr schwierigen Situation! Dass das Buch auch grosse poetische Kraft hat, ist sozusagen ein Zusatzgeschenk für den/die LeserIn!

Arno Geiger, Der alte König in seinem Exil
- Hanser-Verlag



Noch weht eine «steife winterliche Brise»! Beim Erscheinen dieses BULLETINS wird der Frühling aber sicher schon zu riechen sein!

Mit den besten Wünschen!
Susanne Giger



Mi, 6. April: Alternative Monatsbar

18.30 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
Mit Köchinnen und Köchen der Alternative – die Grünen Stadt Zug

Fr, 8. April: Jahresversammlung Grüne Steinhausen

19 h, Restaurant Szenario, Steinhausen

Do, 14. April: Diskussion über Mobilität & 2000-Watt-Gesellschaft, umVerkehr

19.30 h, Volkshaus, Stauffacherstr. 60, Zürich, Eintritt frei, Apéro mit Yvonne Meier-Bukowiecki (Mobilitätsmanagement, Zürich) & Bernhard Piller (Schweizerische Energienstiftung SES). Moderation: Susanne Brunner, SRF

Fr, 15. April: Jahresversammlung Alternative – die Grünen Baar

19 h, Pflegezentrum Baar, Raum bei Cafeteria

So, 1. Mai: Mindestlöhne jetzt! 1.-Mai-Feier

13.30- ca. 18 h, Landsgemeindeplatz Zug
Hauptrednerin Christine Goll (SP). Mit Musik, Essen, Infos und vielem mehr

Mi, 4. Mai: Nominationsversammlung Nationalratswahlen

ab 20 h, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
Mit Referat von NR Alec v. Graffenried: Initiative für eine grüne Wirtschaft.



ab 18.30 h, Siehbachsaal,
Alternative Monatsbar
Mit Köchinnen und
Köchen der Alternative –
die Grünen Menzingen

Sa, 14. Mai: 1. Waldtag
«Baar-Zug-Walchwil»
11-17 h, «Zuger Wald –
Nutzen für alle», Fest mit
vielen Attraktionen und
Aktivitäten, Treffpunkt:
Rastplatz Oberboden hinter
Talstation, Zugerbergbahn

So, 22. Mai: Aktionstag
Trägerschaft Menschen-
Strom gegen Atom
Infos: www.menschenstrom.ch

Di, 31. Mai: Jahresver-
sammlung Gleis 3 Alterna-
tive Risch
19.30 h, Rotkreuz, Zentrum
Dorfmat, Sitzungszimmer

Mi, 1. Juni: Jahresver-
sammlung Alternative
– die Grünen Kanton Zug
ab 19.30 h, Siehbachsaal,
Chamerstrasse 33, Zug. Ab
18.30 h, **Alternative**
Monatsbar, mit Köchinnen
und Köchen Krifo Alterna-
tive Cham

Sa, 18. Juni: 2. Waldtag
«Flösserfest Oberägeri»
8-2 h, Fest auf dem
Seeplatz Oberägeri mit
vielen Attraktionen und
Aktivitäten

Sa, 25. Juni: Jubiläum «25
Jahre Gleis 3»
9-12 h, Dorfmatplatz,
Rotkreuz

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen
Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alter-
native – die Grünen Zug:
Montag 14–18 Uhr und
Donnerstag, 10–14 Uhr

Alternative – die Grünen
Baar
Anna Lustenberger-Seitz
Postfach, 6340 Baar
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen
Menzingen
Barbara Beck-Iselin
Postfach 112, 6313 Menzingen
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen
Unterägeri
Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen
Stadt Zug
Postfach 4805, 6304 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
Philipp Röllin
forum-oberaegeri@mymail.ch

Gleis 3 Alternative Risch
Hanni Schriber
hannischriber@gmx.ch

Grüne Steinhausen
Postfach 123, 6312 Stein-
hausen
studerus@datazug.ch

Junge Alternative Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham
Sha Ackermann und Roman
Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion
im Kantonsrat:
www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete
Artikel unterliegen der
alleinigen Verantwortung
der AutorInnen.

BULLETIN Nr. 1, März 2011,
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug,
E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion:
Natalie Chiodi, Hansjörg
Glauser, Jonas Feldmann,
Philippe Koch, Lorenzo
Martinoni, Martin Stuber

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe:
1100 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage:
1005 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 2/2011:
Freitag, 10. Juni 2011

Erscheinungsdatum:
Mittwoch, 29. Juni 2011

«DAS BULLETIN» auf dem
Internet unter
www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 ZUG
Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug

